



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Umwelt
Bundes
Amt 
für Mensch und Umwelt

Umweltbewusstsein in Deutschland 2000

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage



Umweltforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit, Förderkennzeichen 299 11 132

UMWELTBEWUSSTSEIN IN DEUTSCHLAND 2000

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Im Auftrag des Umweltbundesamtes
Auftragnehmer: Prof. Dr. Udo Kuckartz, Philipps-Universität Marburg

Berlin 2000

Herausgeber:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit - Referat
Gesellschaftspolitische Grundsatzfragen -
11055 Berlin
E-Mail: OEA-1000@bmu.de
Internet: <http://www.bmu.de>

Projektgruppe:

Heiko Grunenberg, Daniela Harlinghausen, Udo Kuckartz (Institut für Erziehungswissenschaft
der Philipps-Universität Marburg) in Kooperation mit dem
EMNID-Institut Bielefeld (Durchführung der Feldstudie)

Autor dieses Berichtes:

Prof. Dr. Udo Kuckartz
Institut für Erziehungswissenschaft
Philipps-Universität Marburg
E-Mail: kuckartz@mail.uni-marburg.de

Stand: Juni 2000

Vorwort

Soll Umweltpolitik erfolgreich sein, braucht sie regelmäßige Rückmeldungen aus der Öffentlichkeit. Repräsentative Umfragen wie die vorliegende zeigen, ob und wie zufrieden die Menschen mit der aktuellen Umweltpolitik sind, indem sie Stimmungen und Einstellungen zu wichtigen Themen sichtbar machen. Daher habe ich gespannt die aktuellen Ergebnisse zum „Umweltbewusstsein in Deutschland 2000“ erwartet und danke allen Beteiligten, die zum Gelingen dieser Studie beigetragen haben.

Besonders freue ich mich darüber, dass das Umweltbewusstsein offensichtlich sein Tief der 90er Jahre überwunden hat. Die Umwelt ist wieder stärker ein Thema in der öffentlichen Diskussion. Die Zahlen zeigen deutlich, dass die Bevölkerung umweltpolitische Maßnahmen unterstützt und die Intentionen der aktuellen Umweltpolitik überwiegend teilt.

Aber es gibt auch Kritik. In der Studie wurden bewusst auch Einstellungen zu Themen wie zur ökologische Steuerreform, zum Atomausstieg und zum Bereich „Umwelt und Gesundheit“ abgefragt, die unterschiedliche Interessen berühren und deshalb konfliktreich sind. Vor allem im Bereich Verkehr und Mobilität wird ein Phänomen der Umweltpolitik deutlich: Leidtragende von Umweltproblemen sind häufig auch deren Verursacher. 81% der befragten Haushalte besitzen mindestens ein Auto, aber es sind nur 37% der Bevölkerung, die sich überhaupt nicht von Autoabgasen und Straßenverkehrslärm gestört fühlen. Noch drastischer sind die Zahlen für stark befahrene Wohnstraßen: Hier fühlt sich jeder zweite Anwohner durch Lärm und Abgase „stark“ bzw. „äußerst“ stark belästigt.

Diese Widersprüche sind die zentralen Herausforderungen der Umweltpolitik. Nicht nur in der Verkehrspolitik ist es daher dringend erforderlich, dass das Prinzip der Nachhaltigkeitsstrategie, ökologische, ökonomische und soziale Belange in alle Politikfelder zu integrieren, zur Anwendung kommt.

Die Inhalte der Nachhaltigen Entwicklung stoßen in der Bevölkerung auf große Resonanz: Gerechtigkeit zwischen armen und reichen Ländern, Gerechtigkeit zwischen den Generationen und die Maxime, nicht mehr Ressourcen zu verbrauchen als nachwachsen. Trotzdem kennen den Begriff Nachhaltigkeit nur 13% der Befragten. Soll die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung erfolgreich geplant und umgesetzt werden, müssen die geplanten Maßnahmen der Strategie nachvollziehbar und verständlich dargestellt werden. Das gilt insbesondere für die Bereiche Verkehr, ökologische Steuerreform und den Klimaschutz.

Die Studie gibt in dieser Hinsicht interessante Hinweise für die politische Arbeit. Sie ist trotz vieler Zahlen und Tabellen kurzweilig und an einigen Stellen durchaus verblüffend.

Ich wünsche ihr viele Leserinnen und Leser.

Jürgen Trittin

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Einleitung

Die Erhebung und Analyse des aktuellen Umweltbewusstseins ist eine wichtige Aufgabe für die Umweltforschung. Seit Anfang der 90er Jahre werden im Auftrag von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt regelmäßig entsprechende Repräsentativbefragungen durchgeführt. Diese finden mittlerweile auch in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung und in der breiten publizistischen Öffentlichkeit eine erfreulich starke Beachtung.

Der nun vorliegende Bericht „Umweltbewusstsein in Deutschland 2000“ knüpft einerseits in zahlreichen Darstellungen von Zeitreihen an die früheren Umfragen an. Es wurden andererseits aber auch aktuelle Fragestellungen aufgenommen und neue Bereiche, wie zum Beispiel der Problembereich Umwelt und Gesundheit, integriert.

Dabei zeigte sich, dass noch immer erhebliche Probleme - vor allem auf dem Feld der Umweltkommunikation - zu verzeichnen sind. Es ist bisher offenbar nicht gelungen, den Bürgerinnen und Bürgern die Chancen einer ökologischen Umorientierung hinreichend zu verdeutlichen. Weiterhin hat nur eine sehr kleine Minderheit, nämlich 13 % der Befragten, von dem umweltpolitischen Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ überhaupt schon etwas gehört. Die normative Grundidee der ökologischen Steuerreform wird von einer sehr großen Mehrheit befürwortet, es gibt aber auch sehr große Vorbehalte ihr gegenüber: So glauben 71 % der Befragten nicht daran, dass durch die Verteuerung der Energie sich die Arbeitskosten verbilligen und dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Erschreckend ist das düstere Bild, das bei vielen Befragten im Hinblick auf die globalen Bedrohungen und die in der Zukunft zu erwartenden Entwicklungen vorzuherrschen scheint. Etwa 90 % erwarten in den nächsten 20 bis 50 Jahren eine spürbare Erwärmung des Klimas und eine Zunahme der globalen Umweltverschmutzungen. Hier sind verstärkte umweltpolitische Bemühungen dringend notwendig, auch in Bezug auf eine verbesserte Kommunikation. In der aktuellen Umweltpolitik ist in diesem Zusammenhang viel von neuen strategischen Allianzen die Rede, also gemeinsamen Aktionen, Initiativen und Kampagnen von Politik, Wirtschaft, Umwelt- sowie Verbraucherverbänden und Behörden. Auch das Umweltbundesamt ist zunehmend in einem solchen Rahmen engagiert, beispielsweise bei der Etablierung neuer Themenfelder - wie etwa dem der „Nachhaltigen Konsummuster“.

Umweltbewusstsein darf nicht auf Katastrophenerwartungen hinauslaufen. Es sollte vielmehr die Grundlage sein, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Nur so kann Umweltpolitik nachhaltig erfolgreich sein. Dieser Umorientierung müssen in Zukunft noch stärker als bisher unsere Bemühungen gelten.

Prof. Dr. Andreas Troge

Präsident des Umweltbundesamtes

INHALT

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	5
1 Konzeption und Durchführung der Untersuchung	13
2 Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz	15
2.1 Die Relevanz des Umweltschutzes.....	15
2.2 Bedeutsamkeit umweltpolitischer Aufgabenbereiche	19
2.3 Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz.....	19
3 Wahrnehmung der Umweltqualität	24
3.1 Die Umweltverhältnisse in Deutschland.....	24
3.2 Umweltprobleme im eigenen Wohnumfeld und in der eigenen Gemeinde	26
3.3 Fortschritte in den letzten 5 Jahren.....	29
4 Umweltpolitik – zwischen Akzeptanz und Kritik	31
4.1 Klimaschutz.....	31
4.2 Atomausstieg	32
4.3 Vertrauen in die Umweltschutzgesetze und die Lösungskompetenz von Parteien und Institutionen	32
4.4 Zahlungsbereitschaft	36
4.5 Ökologische Steuerreform	37
4.6 Information über Umweltprobleme	39
5 Persönliches Umweltverhalten	43
5.1 Umweltrelevantes Konsumverhalten	43
5.2 Kennzeichnung umweltfreundlicher Produkte (Blauer Engel)	44
5.3 Verhalten im Energiebereich	45
5.4 Liberalisierung des Strommarktes.....	47
5.5 Umweltmentalitäten und Wertorientierungen.....	48
6 Problembereich Verkehr/Mobilität	52
6.1 Verkehrsmittelnutzung.....	52
6.2 Akzeptanz verkehrspolitischer Maßnahmen	55
6.3 Sommersmog, Transrapid, autofreier Tag.....	59
6.4 Reaktion auf steigende Benzinpreise	61
7 Problembereich Umwelt und Gesundheit	63
7.1 Gesundheitsbelastung durch Umweltprobleme.....	63
7.2 Allergien.....	64
8 Das Konzept „Nachhaltige Entwicklung“ aus der Sicht der Bevölkerung	68
8.1 Bekanntheit des Konzepts Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda 21-Initiative	68
8.2 Zustimmung zu den grundlegenden Prinzipien des Leitbilds Nachhaltige Entwicklung.....	69

8.3 Einstellung zur Bürgerbeteiligung und Bereitschaft zum eigenen Engagement.....	70
9 Risikowahrnehmung und Zukunftsszenarien	72
9.1 Gefahren: Gentechnologie, Atom.....	72
9.2 Naturvorstellungen	74
9.3 Szenarien möglicher Zukünfte	77
9.4 Zukunft der Umweltbewusstseins	79

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

ZU DIESER STUDIE

Wie ist es im Jahr 2000 um das Umweltbewusstsein bestellt? Ist der Umweltschutz überhaupt noch ein Thema oder handelt es sich um ein Streitthema vergangener Tage, das heute nicht mehr aktuell ist? Diese Studie zum Thema Umweltbewusstsein in Deutschland schließt an die Erhebungen zum Umweltbewusstsein an, die das Umweltbundesamt zuletzt 1998 und 1996 durchgeführt hat. Im Januar und Februar 2000 wurden 2018 mündliche Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern in allen Teilen Deutschlands geführt. Die Datenerhebung wurde vom EMNID-Institut (Bielefeld) durchgeführt. Der Fragebogen repliziert einen Teil der in den Vorgängerstudien gestellten Fragen, so dass interessante Zeitreihenvergleiche möglich werden. Zu den neu in die Studie aufgenommenen Themen gehören u.a. „Umwelt und Gesundheit“, „persönliche Werte und Mentalitäten“ und „Einstellungen zum Leitbild Nachhaltige Entwicklung“.

POLITISCHER STELLENWERT DES UMWELTSCHUTZES

Hatte sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ein tendenziell abnehmendes Umweltbewusstsein gezeigt, so scheint dieser Abwärtstrend nun gebremst: Umwelt ist wieder stärker ein Thema in der öffentlichen Diskussion und wird heute von vielen Bürgerinnen und Bürgern wieder für wichtiger erachtet.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie legen eine differenzierte Sichtweise bei der Beurteilung des gegenwärtigen Umweltbewusstseins in Deutschland nahe. Es gibt im letzten Jahrzehnt zwar einen Rückgang bei der tagespolitischen Bedeutung des Umweltschutzes doch gilt der Schutz der Umwelt einer großen Mehrheit der Bevölkerung weiterhin als wichtige, längerfristige politische Aufgabe. Nur 6% halten den Umweltschutz für weniger wichtig oder überhaupt nicht wichtig. Man ist sich mehrheitlich bewusst, dass die Grenzen des Wachstums erreicht sind und ist überzeugt, dass wir nicht so weiter machen sollten, wenn man Umweltkatastrophen verhindern will. Dabei wird die Verantwortung nicht nur auf den Staat abgeschoben. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erklärt sich auch bereit, selbst einen Beitrag zu leisten. In vielen Bereichen hat sich auch das Umweltverhalten positiv verändert, wenngleich nicht immer mit der Schnelligkeit und der Konsequenz wie von Umweltschützern gewünscht. Unverkennbar gibt es aber auch weiterhin Problemfelder, insbesondere den Bereich Verkehr/Mobilität.

Familien mit Kindern, insbesondere mit Kleinkindern, weisen deutlich positivere Umwelteinstellungen auf. Im Vergleich zur Studie von 1998 stellen wir bei den meisten der erneut gestellten Fragen heute eine höhere Wertschätzung des Umweltschutzes fest.

BEDEUTSAMKEIT UMWELTPOLITISCHER AUFGABENBEREICHE

Die Reinhaltung von Wasser, Boden und Luft beurteilen 79% als „sehr wichtig“ und 20% als „eher wichtig“, im Hinblick auf eine größere Sparsamkeit bei Energievorräten und Rohstoffen sind es 61% und 36%. Die Förderung umweltfreundlicher Produktionsweisen sehen 54% als „sehr wichtig“ und 42% als „eher wichtig“ an. Die Stärkung des Bewusstseins für eine gesunde Lebensweise, die Verbesserung der Informationen über Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen und die Verbesserung des Umweltschutzes in den Entwicklungsländern stufen jeweils rund 45% als „sehr wichtig“ und etwa ebenso viele Befragte als „eher wichtig“ ein. Auch hier zeigt sich klar, dass die entsprechenden Aufgabenfelder für die meisten Menschen als wichtig gelten. Es kann also keine Rede davon sein, dass die Umweltpolitik generell an öffentlicher Aufmerksamkeit verloren habe.

BEURTEILUNG DER UMWELTQUALITÄT IN DEUTSCHLAND

Die Umweltqualität hat sich in der Wahrnehmung der Bevölkerung verbessert, allerdings sind deutliche Ost-West-Differenzen festzustellen. Die Umwelt im Westen gilt als erheblich besser als im Osten. Dabei sind es vor allem Befragte aus dem Westen, welche die Umweltqualität im Osten als schlecht bewerten, die dortigen Bewohner sehen dies anders: Sie bewerten „ihre Umwelt“ deutlich besser.

UMWELTPROBLEME IN DER NÄHE UND DER FERNE

Diese Studie zeigt erneut, dass in den Industrieländern ein charakteristisches Entfernungsgefälle bei der Einschätzung der Umweltqualität besteht. Die Umwelt in der unmittelbaren Nähe gilt als vergleichsweise gut. Je weiter man sich wegbewegt, desto schlechter wird die Qualität der Umwelt beurteilt, desto mehr Umweltprobleme sieht man. Die globale Umweltqualität wird mit großer Mehrheit als „schlecht“ beurteilt, nur 15% meinen diese sei „recht gut“ und gar nur 1% sie sei „sehr gut“.

BELÄSTIGUNGEN IM EIGENEN WOHNUMFELD

Autoabgase, Straßenverkehrslärm und schlechte Luft sind die Hauptprobleme in der Umgebung der eigenen Wohnung. Die Sensibilität in Bezug auf diese Probleme ist in den letzten Jahren leicht angestiegen.

Bei den Belästigungsgraden ergibt sich eine sehr starke Abhängigkeit von der Wohnlage: Während jeder zweite Anwohner von stark befahrenen Hauptstraßen sich durch Straßenverkehrslärm und Abgase „stark“ bzw. „äußerst stark“ belästigt fühlt, sind das bei ruhigen Wohnstraßen nur mehr je 6%. Auch bei der direkten Nachfrage, welches als das größte Umweltproblem in der eigenen Gemeinde gesehen werde, entfielen die deutlich häufigsten Nennungen auf den Straßenverkehr: Von 15% der Befragten wurde dieser genannt, mit einem höheren Anteil im Osten Deutschlands.

KONSTATIERTE FORTSCHRITTE DER UMWELTPOLITIK

Bei der Reinheit der Gewässer sieht fast jeder zweite Befragte „große Fortschritte in den letzten fünf Jahren“, dieser Anteil ist gegenüber der Umfrage 1998 leicht angestiegen. Bei der Energie-Einsparung konstatieren nur mehr 30% große Fortschritte, bei der Sauberkeit der Luft 24% und beim Zustand des Bodens 11%. In diesen Gebieten sind jeweils rund 60% der Meinung, dass „keine wesentlichen Fortschritte“ in den letzten Jahren erzielt worden seien. Damit ist hier der Anteil derjenigen, die Fortschritte sehen, gegenüber 1998 leicht gefallen.

BEWERTUNG DER KLIMASCHUTZPOLITIK

Der Klimaschutz gilt in der Bevölkerung als sehr wichtige Aufgabe des Umweltschutzes. In dieser Frage herrscht große Einmütigkeit, nur 2% der Bevölkerung halten die Reduktion von klimaschädlichen Gasen für „weniger wichtig“. Im Gegensatz zu anderen Feldern des Umweltschutzes, wo die Befragten durchaus Fortschritte wahrnehmen, sieht man beim Klimaschutz kein rechtes Vorankommen: Nur 9% sind der Meinung, hier habe es große Fortschritte gegeben, jeder Dritte glaubt sogar, es sei in den letzten Jahren schlimmer geworden. 58% der Bürger kritisieren die Bundesregierung, weil sie nicht genug tue, um eine Verminderung der klimaschädlichen Emissionen zu erreichen.

BEURTEILUNG VERKEHRSPOLITISCHER MASSNAHMEN

Das Automobil wird in Deutschland hoch geschätzt und die Verkehrspolitik gilt als ein äußerst sensibles Feld. Das zeigt sich bereits bei der Frage nach einem Tempolimit auf Autobahnen: Nur Minderheiten sind für Geschwindigkeitslimits von Tempo 100 bis Tempo 120 und 40% der Bevölkerung sind gegen jegliches Tempolimit. Der Ausbau des ÖPNV, der Ausbau des Radnetzes, die Verlegung des Güterverkehrs auf die Schiene, all diese verkehrspolitischen Maßnahmen können hingegen in der Bevölkerung mit überwältigender Zustimmung rechnen. Insgesamt sind die Ergebnisse im Bereich Verkehr/Mobilität recht ambivalent: Die Mobilität, insbesondere die Freizeitmobilität hat weiter zuge-

nommen, und zwar sowohl die umweltverträgliche wie die nicht umweltverträgliche. Mehr Personen nutzen die Bahn und das Fahrrad hat als „Freizeitmobil“ an Anhängern gewonnen. Dagegen ist die Zahl der Flugreisen und die Zahl der Kurzreisen angestiegen.

ZAHLUNGSBEREITSCHAFT FÜR EINEN VERBESSERTEN UMWELTSCHUTZ

Ausgeprägte Zahlungsbereitschaft ist aktuell nur bei einem relativ kleinen Segment der Bevölkerung festzustellen. Bei der Frage, ob man bereit sei, höhere Preise für umweltfreundliche Produkte zu bezahlen, bekunden sich 12% als „sehr bereit“, 59% als „eher bereit“, 24% als „eher nicht bereit“ und 5% als „nicht bereit“. Die Ablehnung oder Akzeptanz von höheren Preisen stößt offenbar nur bei kleinen Minderheiten auf relativ eindeutige Vorentscheidungen. Die große Mehrheit der Befragten wählt Antwortvorgaben, in denen Vorbehalte ausgedrückt werden. Das gilt auch für die Frage, ob höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz akzeptiert würden, unter der Voraussetzung, dass die Steuermehreinnahmen direkt dem Umweltschutz zugute kämen. Hier ist die Nichtakzeptanz bei den Befragten jedoch höher, denn 13 % erklärten sich als „sehr bereit“, 47% als „eher bereit“, 26% als „eher nicht bereit“ und 14% als „nicht bereit“.

Man würde offenbar eher höhere Preise für umweltfreundliche Produkte zahlen, als für den Umweltschutz Steuererhöhungen akzeptieren. Die Zahlen zeigen, dass bei der Mehrheit eine prinzipielle Bereitschaft, für einen besseren Umweltschutz auch selbst einen finanziellen Beitrag zu leisten, durchaus vorhanden ist. Mit steigendem Einkommen steigt die Zahlungsbereitschaft an.

ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Der Bekanntheitsgrad des Begriffs ökologische Steuerreform ist von 35% im Jahre 1998 auf jetzt 78% angestiegen. Trotz der breiten öffentlichen Diskussion haben allerdings immer noch 22% der Bevölkerung nichts von dem Begriff gehört. In Bezug auf die Akzeptanz dieser Steuerreform zeichnen die Daten ein ambivalentes, teilweise auch kontroverses Bild. Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert die Logik der ökologischen Steuerreform, nämlich dass höhere Energiesteuern zu einem rationellen, sparsamen Umgang mit Energie anregen. Auch ist man für Gerechtigkeit, 82% finden: Wer die Umwelt in geringerem Maße belastet, der soll auch geringere Steuern bezahlen. Allerdings findet man das Gerechtigkeitsprinzip in der praktizierten ökologischen Steuerreform nicht gut umgesetzt, denn zwei Drittel halten die Reform für sozial ungerecht. Auch in Bezug auf die Umwelteffekte der ökologischen Steuerreform ist ein eher negatives Bild zu konstatieren: 58% glauben, dass diese Steuerreform keinen Beitrag zur Lösung der Umweltprobleme leiste.

VERTRAUEN IN LÖSUNGSKOMPETENZ VON PARTEIEN UND INSTITUTIONEN

Nach wie vor sind es vor allem die Nicht-Regierungsorganisationen, die man in Sachen Umweltschutz am ehesten für kompetent hält. Umweltschutzorganisationen, Bürgerinitiativen und die Verbraucherberatung schneiden in dieser Hinsicht am besten ab. Auch die Umweltschutzbehörden liegen noch im „grünen Bereich“ der eher positiven Beurteilung, während Gewerkschaften, Kirchen und Industrie negativ beurteilt werden. Die Parteien schneiden im Vergleich hierzu generell schlechter ab. Am ehesten vertraut man noch „Bündnis '90/Die Grünen“, doch auch hier liegt die Bewertung nur hauchdünn im positiven Skalenbereich.

Die gegenwärtigen Regierungspolitik in Sachen Umweltschutz wird eher kritisch gesehen: 73% sind der Meinung, die Regierung solle mehr für den Umweltschutz tun, nur 25% urteilen, es sei so richtig, wie es derzeit ist.

STELLUNGNAHME ZUR ATOMENERGIE

Die Atomtechnologie wird nahezu einhellig als eine riskante Technologie angesehen: 85% halten sie für „gefährlich“ oder „eher gefährlich“, nur 13 % für „kaum gefährlich“ und 2% für „überhaupt nicht gefährlich“. Auf dem Hintergrund dieser Risikowahrnehmung ist es nicht verwunderlich, dass etwa drei Viertel der Befragten unserer Studie dem Vorhaben der Bundesregierung, aus der Atomenergie auszusteigen, eher positiv gegenüber stehen. Nur 7% sind strikt gegen den schnellen Atomausstieg.

EINSTELLUNG ZUR GENTECHNIK

Auch gegenüber der Gentechnik herrscht die Einschätzung vor, diese sei eher risikobehaftet. Die Zahlen sind zwar kleiner als im Falle der Atomenergie, doch teilen auch hier nahezu drei Viertel der Bevölkerung die Bewertung als „eher gefährlich“, während nur 3% die Gentechnik für „ungefährlich“ halten. Gentechnisch hergestellte Lebensmittel dürften derzeit nur schwer verkäuflich sein: Nur 6% erklären sich bereit, solche Lebensmittel zu kaufen, für weitere 19% kommt dies „eventuell“ in Frage, der Rest äußert sich ablehnend. Jüngere Befragte (18 bis 24 Jahre) sind tendenziell weniger ablehnend.

INFORMATIONSVRHALTEN IN SACHEN UMWELTSCHUTZ

Als Informationsquelle in Sachen Umweltschutz bzw. Umweltprobleme werden die Regionalpresse sowie das öffentlich-rechtliche Fernsehen am häufigsten genutzt, aber auch die Privatsender spielen eine beachtliche Rolle. Nicht alle besonders häufig genutzten Quellen gelten allerdings auch als be-

sonders glaubwürdig: Fachzeitschriften, auf dem letzten Platz in der Häufigkeitsrangliste, gelten als glaubwürdigste Quelle. Den zweiten Rangplatz nimmt das öffentlich-rechtliche Fernsehen ein, während das Privatfernsehen als vergleichsweise weniger glaubwürdig gilt. Allerdings gilt keine der abgefragten Informationsquellen als ausgesprochen unglaubwürdig.

Der Umfang der Umweltberichterstattung in den Medien wird uneinheitlich beurteilt. Während 42% finden, dass der Umfang genau richtig sei, finden ebenso viele, dass die Medien eigentlich eher zu wenig über Umweltprobleme berichten würden. Die Qualität der Umweltberichterstattung durch die Medien wird insgesamt mit der Note „befriedigend“ bewertet.

UMWELT UND GESUNDHEIT

Die Gesundheitsvorsorge wird neben den Themen Arbeitslosigkeit, Rentensicherung und soziale Gerechtigkeit derzeit zu den vier wichtigsten Aufgaben in Deutschland gezählt. Die Bevölkerung denkt Umweltschutz in starkem Maße mit der *Gefährdung der persönlichen Gesundheit* zusammen. Fast 90% halten deshalb die Information über gesundheits- und umweltgefährdende Produkte für eine wichtige Aufgabe der Umweltpolitik. 23% der Befragten geben an, dass ihre Gesundheit derzeit „stark“ bzw. „sehr stark“ durch die schlechte Umweltqualität belastet werde. In Großstädten über 500 Tausend Einwohner ist die empfundene Belastung deutlich höher.

Für die Zukunft erwarten drei Viertel eine „starke“ oder „sehr starke“ Belastung der Gesundheit durch Umweltprobleme.

UMWELTKRANKHEIT ALLERGIEN

Während sich die Experten noch über die Ursachen zunehmender Allergierkrankungen streiten, hat die Bevölkerung längst ihr Urteil gefällt: 89% glauben, dass allergische Erkrankungen umweltbedingt sind. Die Zahl der von Allergien Betroffenen ist erheblich: 17% der Befragten geben an, selbst betroffen zu sein, wobei ein erheblicher Ost-West-Unterschied feststellbar ist. Im Osten sind 11% der Befragten selbst betroffen, im Westen mit 19% erheblich mehr. Bei weiteren 13% sind Haushaltsmitglieder betroffen. Für annähernd die Hälfte der Bevölkerung gehört die Konfrontation mit Allergierkrankungen zum Alltag. Die Betroffenheit ist in Städten über 100 Tausend Einwohner höher als in kleinen Gemeinden oder Kleinstädten. Dies gilt insbesondere für den Osten.

EINSTELLUNGEN ZUM UMWELTPOLITISCHEN KONZEPT DER „NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG“

Auch acht Jahre nachdem auf der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio das Prinzip *Nachhaltige Entwicklung* zum Leitbild der internationalen Umweltpolitik erklärt wurde, ist der Begriff in Deutschland weitgehend unbekannt. Nur 13% der Deutschen geben an, den Begriff schon einmal gehört zu haben. Dies sind sogar noch 2% weniger als in der Umweltbewusstseinsstudie von 1998. Zu den Inhalten des Konzepts Nachhaltige Entwicklung gibt es aber eine breite Zustimmung: 77% treten für einen fairen Handel zwischen reichen und armen Ländern ein. 83% sprechen sich dafür aus, nicht mehr Ressourcen zu verbrauchen, als nachwachsen können. 90% stimmen mit dem Prinzip Gerechtigkeit zwischen den Generationen überein, d.h. die Umwelt sollte nicht auf Kosten der nachwachsenden Generationen ausgebeutet werden.

LOKALE AGENDA 21-INITIATIVEN

Mittlerweile haben sich in vielen Städten und Gemeinden Lokale Agenda 21-Initiativen gebildet, deren Ziel die Erarbeitung lokaler Aktionsprogramme zur Agenda 21 ist. 15% der Befragten haben schon von der Existenz solcher Gruppen in der eigenen Gemeinde gehört. Im Hinblick auf die Bereitschaft, sich selbst in Angelegenheiten des eigenen Wohnbezirks zu engagieren, zeigen die Daten ein ambivalentes Bild: 46% der Befragten sind bereit zum Engagement, aber ebenso viele lehnen dies ab. Bevorzugte Felder des Interesses sind der Umweltschutz, Gesundheit und Soziales sowie die Verbesserung des Wohnumfeldes.

DIE ZUKUNFT DES UMWELTBEWUSSTSEINS

In der öffentlichen Wertschätzung ist der Umweltschutz aus dem Tief der zweiten Hälfte der 90er Jahre herausgekommen. Das Umweltbewusstsein ist gegenüber der letzten Umweltbewusstseinsstudie von 1998 leicht angestiegen. Die Grundprinzipien einer *Nachhaltigen Entwicklung* wie Begrenzung des Ressourcenverbrauchs, Gerechtigkeit zwischen den Generationen und fairer Handel zwischen armen und reichen Ländern stoßen auf breite Resonanz, allerdings gibt es nach wie vor Kommunikationsdefizite in Bezug auf das Leitbild *Nachhaltige Entwicklung*, das nur einer Minderheit bekannt ist.

Ein wichtiges Resultat dieser Studie ist, dass Fragen des Umweltbewusstseins mit längerfristigen Orientierungen korrelieren, z. B. mit religiöser Orientierung und mit den grundlegenden Vorstellungen von Natur. Die Sorge um die eigene Gesundheit erweist sich ebenso als Motor für das Umweltbewusstsein wie die Sorge um die nachwachsende Generation. Sofern die derzeitige Umweltpolitik kriti-

siert wird, geschieht dies eher in einem konstruktiven Sinne, nämlich als Aufforderung, mehr für die Umwelt zu tun.

1 Konzeption und Durchführung der Untersuchung

Im Januar und Februar 2000 wurden 2018 Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Deutschlands mündlich befragt. Die Datenerhebung wurde vom EMNID-Institut (Bielefeld) durchgeführt. Aufgrund des eingesetzten Stichprobenverfahrens haben Personen in Ein-Personen-Haushalten größere Chancen in die Stichprobe zu kommen als Personen in Mehr-Personen-Haushalten. Dies wird durch eine entsprechende Gewichtung der Daten ausgeglichen. Alle in diesem Bericht präsentierten Datenanalysen basieren wie schon die Auswertung der Studie von 1998 auf einem gewichteten Datensatz. Die Gewichtung erfolgt dabei so, dass die ursprüngliche Zahl der Befragten (N=2018) erhalten bleibt.

In den Berichten der 98er und 96er Erhebungen spielten Vergleiche zwischen den Befragten in den alten und neuen Bundesländern eine große Rolle. Mittlerweile hat sich bei sehr vielen Themen ein Angleichungsprozess vollzogen. In diesem Bericht werden deshalb Ost-West-Vergleiche nur dort angestellt, wo es tatsächlich auch heute noch nennenswerte Unterschiede gibt.

Turnusmäßig durchgeführte Studien wie die Erhebungen zum Umweltbewusstsein oder die Shell-Jugendstudien stehen naturgemäß im Spannungsfeld zwischen Replikation und Neuerung. Einerseits bieten sie die Chance, Zeitreihen zu erstellen und Trends zu erkennen. Dies spricht dafür, möglichst die gleichen Fragen mit dem gleichen Wortlaut zu stellen wie bei den vorangegangenen Erhebungen. Andererseits verändert sich unsere Gesellschaft, es entstehen neue Problemfelder, neue Diskussionen und die politischen Kontroversen verlagern sich. So hat sich seit der Rio-Konferenz von 1992 und mit dem dort verabschiedeten Aktionsprogramm Agenda 21 nach und nach ein neues Leitbild der Umweltpolitik durchgesetzt, in dessen Gefolge neue Schwerpunkte gesetzt werden und veränderte Inhalte für das Umweltbewusstsein gefordert sind. Insofern lässt sich das Umweltbewusstsein heute nicht mehr mit den gleichen Fragen erfassen wie vor einigen Jahren.

Bei der Konzipierung dieser Studie haben wir uns für eine Strategie der behutsamen Neuerung entschieden: Das Verhältnis zwischen Tradition und Neuerung beträgt etwa zwei Drittel zu einem Drittel, d.h. zwei Drittel der Fragen wurden aus der Vorgängerstudie übernommen und ein Drittel der Fragen wurde neu in den Fragebogen aufgenommen. Die beiden letzten Erhebungen, 1996 und 1998 von Diekmann/Preisendörfer jeweils in Kooperation mit dem Institut GFM-GETAS durchgeführt, hatten bereits eine verstärkt sozialwissenschaftliche Perspektive in die Umweltbewusstseinsstudien hineingebracht. Diese Orientierung wird in der neuen Studie fortgesetzt. Zu den neu aufgenommenen Themen gehören u.a. die Einstellung zum Konzept Nachhaltigkeit, zur ökologischen Steuerreform und zum

Atomausstieg. Erstmals spielt auch der Themenbereich Umwelt und Gesundheit eine wichtige Rolle, zudem wurden Fragen der Risikowahrnehmung, der Naturvorstellungen und des Informationsverhaltens in Bezug auf Umweltprobleme in die Studie aufgenommen.

Teilweise wurde eine Angleichung der Fragestellungen an international vergleichende Erhebungen wie den Umweltsurvey des International Social Survey Program (ISSP) vorgenommen und zudem wurden die Empfehlungen des Umweltbundesamtes zur Erfassung von Nachhaltigkeitsindikatoren berücksichtigt.

2 Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz

2.1 Die Relevanz des Umweltschutzes

Hatte man im Verlauf der 90er Jahre eine sinkende Bedeutung des Umweltschutzes im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Problemstellungen festgestellt, so scheint dieser Abwärtstrend zu Beginn des neuen Jahrhunderts gebremst. **Seit längerem ist bekannt, dass die Relevanz, die Befragte dem Umweltschutz zumessen, in starkem Maße von der Art der gestellten Frage abhängt.** Je längerfristiger der Zeithorizont in der Frageformulierung gesetzt wird, desto wichtiger wird in der Regel der Umweltschutz eingestuft. Je tagespolitischer die Frage ausgerichtet ist, desto unwichtiger erscheint das Thema Umweltschutz. Anders als Mitte bis Ende der 80er Jahre, als Umweltfragen im Anschluss an Katastrophen und Havarien, wie z.B. den Reaktorunfall von Tschernobyl, tagespolitisch höchst aktuell waren, ist dies heute nur noch selten der Fall. Der zeitgeschichtliche Kontext spielt bei Fragen nach dem wichtigsten aktuellen Problem eine große Rolle. Die Datenerhebung dieser Studie fand im Januar und Februar 2000 statt, also zu Zeiten des Höhepunktes der Schwarzkontenaffäre, was sich deutlich in den Ergebnissen widerspiegelt.

Tabelle 1: Die wichtigsten Probleme in Deutschland

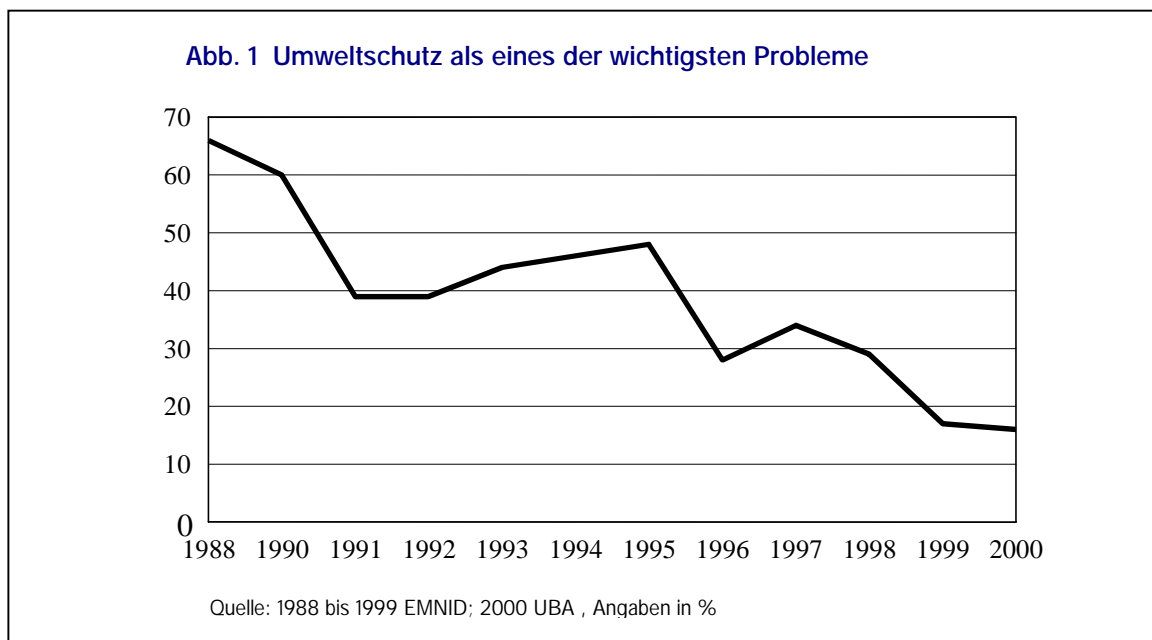
Die sechs häufigsten Nennungen in %: (Maximal 2 Nennungen möglich)	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
Arbeitsmarkt	58	55	71
Vertrauensverlust in Politik/Spendenaffäre	19	20	14
Rentenpolitik/Sozialpolitik	16	18	13
Umweltschutz	16	17	14
Ausländer, Asylanten allgemein	8	9	5
Kriminalität	8	7	12
Soziale Gerechtigkeit	6	4	11
Wirtschaftslage	6	6	7
Gesundheitspolitik	6	5	4

Frage: Was, glauben Sie, ist das wichtigste Problem, dem sich unser Land heute gegenüber sieht? (Offene Frage mit maximal zwei möglichen Nennungen)

Fragt man mittels einer offenen Frage, d. h. ohne Vorgabe von Problemfeldern, welches heute das wichtigste Problem ist, dem sich unser Land gegenüber sieht, so dominieren tagespolitische Einflüsse. Tabelle 1 zeigt aber, dass hinter dem Top-Thema „Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt“ und dem unter dem Eindruck der Spendenaffäre auf Platz 2 platzierten Thema "Vertrauensverlust in die Politik"

der Umweltschutz fast gleichauf mit "Renten- und Sozialpolitik" auf dem vierten Platz erscheint. Die Rangfolge, der mit großem Abstand hinter der Arbeitsmarktproblematik folgenden Probleme, sollte aufgrund der prozentual geringen Unterschiede nicht überbewertet werden. Hier können sich unter dem Eindruck tagespolitischer Ereignisse rasch Veränderungen ergeben. Auch hängen die Ergebnisse natürlich von der Art der Klassifizierung und Zusammenfassung der offenen Nennungen und dem angestrebten Grad der Differenziertheit ab. Fasst man etwa die Nennung „Soziale Gerechtigkeit“ mit unter die Kategorie „Sozialpolitik/Rentenpolitik“ so fällt der Vorsprung der "Sozialpolitik" vor dem Umweltschutz größer aus.

Die Zeitreihe in Abbildung 1 zeigt, dass die Zahl derjenigen, die Umweltschutz nennen, wenn man nach dem aktuell wichtigsten Problem in Deutschland fragt, seit Ende der 80er Jahre, als das Thema Umweltschutz mit fast 70% Spitzenwerte erreichte, deutlich zurückgegangen ist. **Man sollte aus diesem Rückgang der tagespolitischen Relevanz jedoch nicht schlussfolgern, dass der Umweltschutz nun generell nicht mehr für wichtig gehalten wird.** Fragt man nämlich direkt nach der Relevanz, die man dem Umweltschutz heute zumisst, ergibt sich ein anderes Bild.



Für acht politische Aufgabenbereiche wurde mit einer vorgegebenen Antwortskala („sehr wichtig“ bis „überhaupt nicht wichtig“) die Einschätzung der Relevanz erfragt. Auffallend ist zunächst, dass alle abgefragten politischen Aufgabenfelder für „wichtig“ bis „sehr wichtig“ gehalten werden. Auch bei dieser Frageform steht das Aufgabenfeld „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ unangefochten auf dem ersten Platz. Die anderen Problemfelder folgen mit deutlichem Abstand und liegen ihrerseits in der

Bewertung dicht beieinander. Die Sicherung der Renten und das Thema Soziale Gerechtigkeit belegen die Plätze 2 und 3, der Umweltschutz rangiert auf Platz 7. Hier ist es allerdings kaum angebracht, Rangfolgen zu erstellen, denn die Differenzen zwischen Zustimmungsquoten von 98% (Soziale Gerechtigkeit), 96% (Renten sichern) und 94% (Umweltschutz) sind denkbar gering. Bemerkenswerter als der Rangplatz ist in diesem Fall das substantielle Ergebnis, dass nur 6% der Bevölkerung den Umweltschutz für „weniger wichtig“ halten und ganze 0,2 % der Meinung sind, Umweltschutz sei „überhaupt nicht wichtig“.

Tabelle 2: Bedeutsamkeit politischer Aufgabenbereiche

Angaben in %	Erhebung 2000				Mittelwert*
	sehr wichtig	eher wichtig	weniger wichtig	überhaupt nicht wichtig	
	1	2	3	4	
die Arbeitslosigkeit bekämpfen	90	9	1	0	1,11
die Renten sichern	73	23	4	0	1,31
für soziale Gerechtigkeit sorgen	70	28	2	0	1,33
die Gesundheitsvorsorge sichern	63	32	4	1	1,41
die Wirtschaft ankurbeln	60	33	6	1	1,47
den Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen	58	34	8	0	1,51
für wirksamen Umweltschutz sorgen	53	41	6	0	1,52
für gleiche Lebensbedingungen in Ost und West sorgen	40	42	17	1	1,80
das Zusammenleben mit Ausländern regeln	35	46	16	3	1,87

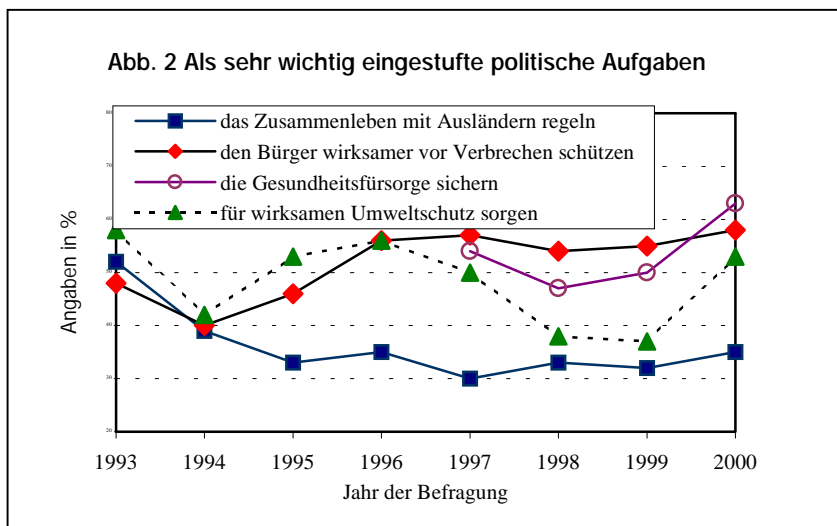
*Frage: Ich lese Ihnen nun verschiedene politische Aufgabenbereiche vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie persönlich die Aufgabe für sehr wichtig, eher wichtig, weniger wichtig oder für überhaupt nicht wichtig halten.
In der Spalte „Mittelwert“ ist der Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen angegeben. Die Skala reicht von 1=sehr wichtig bis 4=überhaupt nicht wichtig. Je kleiner der Mittelwert, desto wichtiger also die Einstufung.

Diese Ergebnisse zur Einschätzung der Bedeutsamkeit politischer Aufgabenfelder zeigen deutlich, dass der Umweltschutz weiterhin eines der Top-Themen in Deutschland ist. Es dürfte stark vom Agenda-Setting der Medien abhängig sein, welches Thema hinter dem Thema „Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit“ jeweils aktuell die Nase vorn hat. Jedenfalls, auch das dürfte hier klar werden, die Redeweise, Umwelt sei kein wichtiges Thema mehr, steht mit den Schwerpunktsetzungen der Bevölkerung nicht in Einklang. Für die Bevölkerung ist der Umweltschutz weiterhin wichtig. Wenn man nur die erste Spalte von Tabelle 2 (Bewertung „sehr wichtig“) betrachtet, wird allerdings auch deutlich,

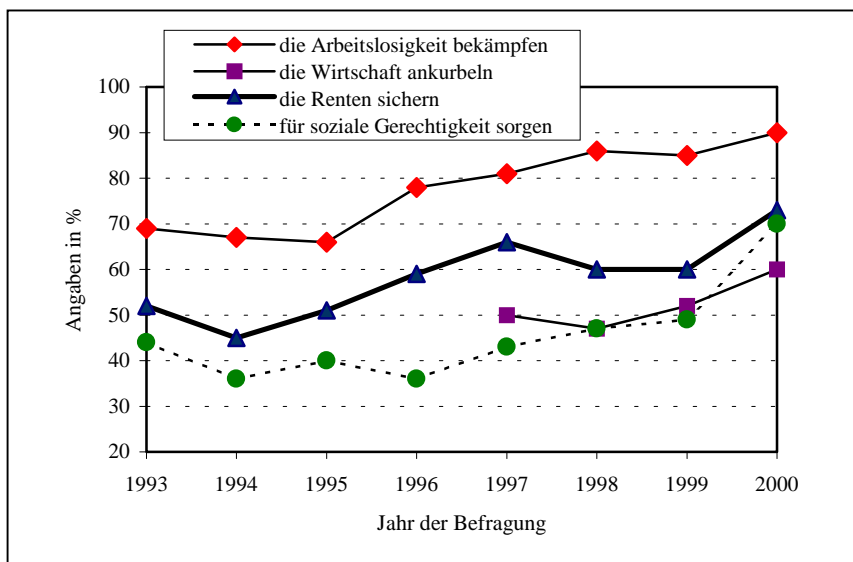
dass Themen wie die „Sicherung der Renten“ oder „soziale Gerechtigkeit“ derzeit von deutlich mehr Personen für „sehr wichtig“ erklärt werden.

Die Relevanz, die politischen Aufgabenfeldern zugesprochen wird, ist signifikant vom Alter abhängig. Je älter Befragte sind, desto wichtiger stufen sie die Sicherung der Renten, die Verbrechensbekämpfung und die Gesundheitsvorsorge ein. **Für das Thema „Umweltschutz“ hingegen finden wir keine solche Korrelation mit dem Alter: Der Umweltschutz wird von allen Altersgruppen in gleicher Weise als sehr wichtig erachtet.**

Für acht politische Aufgabenfelder haben wir in Zeitreihen dargestellt, wie sich der Prozentsatz derjenigen, die die Aufgabe jeweils als sehr wichtig einstufen, zwischen 1993 und 2000 entwickelt hat.



Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, schon 1993 an der Spitze der Rangskala, hat kontinuierlich an Relevanz zugenommen und gilt unangefochten als die Top-Aufgabe. Der Umweltschutz, 1993 noch auf Platz 2, hat ein Auf und Ab durchlaufen, ist jedoch jetzt wieder aus der Talsohle von 1998/1999 herausgekommen. Eine Reihe von politischen Aufgaben



haben offenkundig an Dringlichkeit gewonnen, so dass heute generell höhere Prozentsätze erreicht werden als 1993. Das gilt etwa für die politischen Aufgaben „die Renten sichern“ und „für soziale Gerechtigkeit sorgen“.

2.2 Bedeutsamkeit umweltpolitischer Aufgabenbereiche

Dass man den Umweltschutz nach wie vor für bedeutsam hält, lässt sich auch an den Zustimmungswerten ablesen, die umweltpolitische Ziele und Aufgaben erfassen.

Tabelle 3: Bedeutsamkeit einzelner Bereiche des Umweltschutzes

Angaben in %:	Erhebung 2000				Mittelwert*
	Sehr wichtig	eher wichtig	weniger wichtig	überhaupt nicht wichtig	
	1	2	3	4	
für die Reinhaltung von Wasser, Boden und Luft sorgen	79	20	1	0	1,22
sparsamer mit Energievorräten und Rohstoffen umgehen	61	36	3	0	1,42
umweltfreundliche Produktionsweisen fördern	54	42	4	0	1,51
das Bewusstsein für eine gesunde Lebensweise stärken	44	46	10	0	1,66
mehr informieren über gesundheits- und umweltgefährdende Produkte und Zusätze	45	42	12	1	1,67
einen verbesserten Umweltschutz in Entwicklungsländern fördern	43	43	13	1	1,72

Frage: Ich werde Ihnen jetzt einige Ziele und Aufgaben aus dem Bereich Umweltschutz nennen. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Liste, für wie wichtig Sie persönlich diese Aufgaben halten.

**In der Spalte „Mittelwert“ ist der Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen angegeben. Die Skala reicht von 1=sehr wichtig bis 4=überhaupt nicht wichtig. Je kleiner der Mittelwert, desto wichtiger also die Einstufung.*

Zwischen 86% (Umweltschutz in Entwicklungsländern fördern) und 99% (Reinhaltung von Wasser, Boden und Luft) liegen hier die entsprechenden Quoten der Personen, die diese Aufgaben für „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ halten. Neben den umweltpolitischen Kernaufgaben (Schutz von Boden, Wasser und Luft) werden auch die Umweltinformation und Umweltaufklärung einhellig für wichtig erachtet. Fasst man die Zahlen für „sehr wichtig“ und „wichtig“ zusammen, so halten 87% die Information über gesundheits- und umweltgefährdende Produkte und Zusätze für einen bedeutsamen Aufgabenbereich und gar 90% finden es wichtig, das Bewusstsein für eine gesunde Lebensweise zu stärken. **Dies macht deutlich, dass im Denken der Bevölkerung Umweltschutz in starkem Maße mit der Gefährdung der persönlichen Gesundheit zusammenhängt.**

2.3 Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz

Wie bereits in den Studien zum Umweltbewusstsein von 1996 und 1998 haben wir die allgemeinen Einstellungen der Bevölkerung zum Umweltschutz mit einer Reihe von Statements erfasst, die den

Befragten zur Beurteilung vorgelegt wurden. Um Zeitreihenvergleiche zu ermöglichen, haben wir weitgehend die gleichen Fragen eingesetzt wie 1998. Durchweg ergibt sich ein für den Umweltschutz positives Bild: **Die Bevölkerung ist überwiegend von der Notwendigkeit des Umweltschutzes überzeugt. Die Mehrheit glaubt, dass die Grenzen des Wachstums erreicht sind und wir auf eine Umweltkatastrophe zusteuern, wenn so weitergewirtschaftet wird wie bisher.** Man ist empört, wenn man Presseberichte über Umweltprobleme liest, glaubt die Politik tue immer noch zu wenig für den Umweltschutz und ist durchaus bereit, auch dem Einzelnen und nicht nur dem Staat Verantwortung für die Umwelt zuzusprechen.

Tabelle 4: Umwelteinstellungen

Angaben in %	Erhebung 2000				
	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	teils/teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Derzeit ist es immer noch so, dass sich der größte Teil der Bevölkerung wenig umweltbewusst verhält.	20	45	28	6	1
Für jemanden wie mich ist es schwierig, viel für die Umwelt zu tun.	6	22	32	30	10
Es gibt Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird.	17	42	31	9	1
Umweltschutzmaßnahmen sollten auch dann durchgesetzt werden, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen.	7	20	42	22	9
Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen.	4	20	33	32	11
Das meiste, was Wissenschaft und Technik hervorgebracht haben, schadet der Umwelt.	5	16	43	29	7
Wenn wir so weitermachen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu.	23	39	26	10	2
Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen.	28	40	23	7	2
Wenn ich Zeitungsberichte über Umweltprobleme lese oder entsprechende Fernsehsendungen sehe, bin ich oft empört und wütend.	22	38	29	9	2
Es ist noch immer so, dass die Politiker viel zu wenig für den Umweltschutz tun.	29	38	25	7	1
Nach meiner Einschätzung wird das Umweltproblem in seiner Bedeutung von vielen Umweltschützern stark übertrieben.	4	14	30	35	17

Frage: Hier haben wir eine Reihe von Aussagen. Bitte sagen Sie mir für jedes Kärtchen anhand dieser Liste, in welchem Maße Sie zustimmen oder nicht zustimmen.

Die Ergebnisse zum allgemeinen Umweltbewusstsein machen aber auch deutlich, dass die Einstellungen der Bevölkerung nicht homogen sind, sondern dass Pluralität vorherrscht, so sind beispielsweise 28% der Meinung, dass es für sie persönlich schwierig ist, viel für die Umwelt zu tun, 40% sind gegenteiliger Meinung und 32% sind unentschieden. **Die große Mehrheit vertraut nicht darauf, dass die Technik allein die Umweltprobleme schon lösen wird. Insgesamt ergibt sich ein durchaus positives Bild bei den Pro-Umwelteinstellungen, die Bevölkerung ist sensibilisiert und fast zwei Drittel sind der Meinung, dass etwas getan werden müsse, wenn man eine zukünftige Umweltkatastrophe vermeiden will.**

Der Zeitreihenvergleich mit den Ergebnissen von 1998 und 1996 ergibt ein erstaunlich einheitliches Bild: Bei ausnahmslos allen Fragen sind die Pro-Umwelteinstellungen aus dem Tief von 1998 herausgekommen. Häufig wird wieder der Stand von 1996 erreicht, in manchen Fällen sogar übertroffen. So glauben heute mehr Personen als 1996, dass die Grenzen des Wachstums erreicht seien und dass auch Sie selbst etwas für die Umwelt tun können. Gesunken ist allerdings die Technikfeindlichkeit, nur noch 21% sehen einen direkten Gegensatz zwischen Technik und Umwelt. Tabelle 5 enthält eine Aufschlüsselung nach alten und neuen Bundesländern. Im allgemeinen sind die Umwelteinstellungen in Ost und West im Jahr 2000 relativ ähnlich, bei einigen Fragen existieren aber nach wie vor Unterschiede: So glauben im Osten mehr Menschen, dass die Umweltschützer die Umweltprobleme übertreiben und dass die Umweltprobleme allein durch technische Neuerungen gelöst werden können, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen.

Tabelle 5: Umwelteinstellungen 1996, 1998 und 2000 im Vergleich

Angaben in %	Erhebung 2000			Erhebung 1998			Erhebung 1996		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen. (Zustimmung)	68	69	65	65	65	63	74	74	72
Es ist noch immer so, dass die Politiker viel zu wenig für den Umweltschutz tun. (Zustimmung)	67	67	69	60	58	68	66	65	71
Derzeit ist es immer noch so, dass sich der größte Teil der Bevölkerung wenig umweltbewusst verhält. (Zust.)	65	66	61	49	49	49	58	58	55
Wenn wir so weitermachen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu. (Zustimmung)	62	63	60	56	56	57	66	66	68
Wenn ich Zeitungsberichte über Umweltprobleme lese oder entsprechende Fernsehsendungen sehe, bin ich oft empört und wütend. (Zustimmung)	60	61	57	55	53	60	63	63	62
Es gibt Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird. (Zustimmung)	59	60	57	50	50	48	56	58	51
Umweltschutzmaßnahmen sollten auch dann durchgesetzt werden, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen. (Zustimmung)	27	28	24	19	18	21	27	27	25
Das meiste, was Wissenschaft und Technik hervorgebracht haben, schadet der Umwelt. (Zustimmung)	21	22	19	26	28	19	-	-	-
Nach meiner Einschätzung wird das Umweltproblem in seiner Bedeutung von vielen Umweltschützern stark übertrieben. (Ablehnung)	52	54	46	47	48	44	54	56	44
Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen. (Ablehnung)	43	45	33	35	35	34	38	38	36
Für jemanden wie mich ist es schwierig, viel für die Umwelt zu tun. (Ablehnung)	40	42	34	47	48	40	41	43	36

Frage: Hier haben wir eine Reihe von Aussagen. Bitte sagen Sie mir für jedes Kärtchen anhand dieser Liste, in welchem Maße Sie zustimmen oder nicht zustimmen. (fünfstufige Antwortskala; bei Zustimmung sind die Antworten „stimme voll und ganz zu“ und „stimme weitgehend zu“ zusammengefasst; bei Ablehnung die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“; höhere Prozentwerte signalisieren damit stärkere Pro-Umwelteinstellungen)

Wir wollten wissen, ob die Pro-Umwelteinrichtungen mit bestimmten Lebensphasen korrelieren und haben zu diesem Zwecke in Anlehnung an die im Auftrag der Zeitschrift „Stern“ durchgeführte Studie „Dialoge 5“ neun Lebensphasen unterschieden:

1. *Junge Singles* - Ledige, Verwitwete, Geschiedene, nicht in eheähnlichen Verhältnissen Lebende in Ein-Personen-Haushalten, Alter unter 40 Jahren
2. *Junge Unverheiratete in Familie* - Ledige, Verwitwete, Geschiedene, nicht in eheähnlichen Verhältnissen Lebende in Mehr-Personen-Haushalten, Alter unter 40 Jahren
3. *Junge Paare ohne Kinder* - Verheiratete oder in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, keine Kinder, Alter unter 40 Jahren
4. *Junge Familie mit mindestens einem Kleinkind* - Verheiratete oder in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, mindestens ein nicht schulpflichtiges Kind, Alter unter 40 Jahren
5. *Familie mit nur älteren Kindern* - Verheiratete oder in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, mindestens ein Kind, kein Kind unter 7 Jahren
6. *Partner-Haushalte über 40 bis unter 60 Jahre* - Verheiratete oder in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, 40 bis unter 60 Jahre, keine Kinder im Haushalt
7. *Partner Haushalte ab 60 Jahre*- Verheiratete oder in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, 40 bis unter 60 Jahre, keine Kinder im Haushalt
8. *Ältere Unverheiratete* - Ledige, Verwitwete, Geschiedene, nicht in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, 40 Jahre oder älter
9. *Alleinerziehende* - Ledige, Verwitwete, Geschiedene, nicht in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, mit mindestens einem Kind im Haushalt

Es finden sich eine Reihe von Zusammenhängen zwischen den Lebensphasen und den Umwelteinrichtungen, z.B. bei der Frage „Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen“ und der Frage „Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen“. Hier sind es jeweils Befragte aus den Gruppen 4 (Junge Familien mit Kleinkindern) und 5 (Familie mit nur älteren Kindern), die deutlich mehr umweltorientierte Einstellungen aufweisen als die Befragten der Gruppe 7 (Partner Haushalte ab 60 Jahre) und 8 (Ältere Unverheiratete).

Auch finden wir häufig Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Frauen weisen in der Regel ausgeprägtere Pro-Umwelteinrichtungen auf als Männer. Sie sind vor allem skeptischer im Hinblick auf die Technik: Sie glauben seltener als Männer, dass die Technik die Umweltprobleme schon lösen wird und sehen eher die schädlichen Auswirkungen der Technik.

3 Wahrnehmung der Umweltqualität

3.1 Die Umweltverhältnisse in Deutschland

Generell werden die Umweltverhältnisse in Deutschland heute positiver eingeschätzt als vor zwei Jahren, allerdings gibt es erhebliche Ost-West-Differenzen. Während 77% der Befragten die Umweltqualität im Westen als „sehr gut“ oder „recht gut“ bewerten, sind es nur 35%, die für die neuen Bundesländer zu einem ähnlich positiven Urteil kommen. Auffallend ist, dass die Beurteilung der Umweltqualität mit der Entfernung korreliert: Die Umwelt ist am besten in der eigenen Gemeinde und am schlechtesten in der weiten Welt. Die globale Umweltqualität wird mit großer Mehrheit als „schlecht“ beurteilt, nur 15% meinen diese sei „recht gut“ und gar nur 1% sie sei „sehr gut“. Hier offenbart sich erneut ein eigentümliches Entfernungsgefälle, das de Haan/Kuckartz (1996: 183) folgendermaßen charakterisierten: „Die Umwelt ist in der Nähe besser als in der Ferne. Je weiter man sich weg bewegt, und je allgemeiner man nach dem Zustand der Umwelt fragt, desto negativer wird die Einschätzung.“

In dieses Bild einer mit größerer Nähe zunehmend positiven Wahrnehmung der Umweltqualität passt auch, dass man das Trinkwasser, das in der eigenen Wohnung aus der Leitung kommt, als unbelastet und unproblematisch wahrnimmt. Nur 3% halten die Trinkwasserqualität für „nicht ausreichend“.

Tabelle 6: Beurteilung der Umweltqualität: lokal, national und global

Angaben in %	Erhebung 2000			
	sehr gut	recht gut	eher schlecht	sehr schlecht
Wie würden Sie ...				
... insgesamt die Umweltqualität in Deutschland beurteilen?	6	69	24	1
... die Umweltqualität im Osten Deutschlands, also in den neuen Bundesländern, beurteilen?	2	33	53	12
... die Umweltqualität im Westen Deutschlands, also in den alten Bundesländern, beurteilen?	7	70	22	1
... insgesamt die Umweltqualität weltweit beurteilen?	1	15	66	18
... insgesamt die Umweltqualität in Ihrer Stadt, Ihrer lokalen Gemeinde beurteilen?	15	64	19	2

Tabelle 7: Beurteilung der Qualität des Trinkwassers

Angaben in %:	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
sehr gut	21	22	18
gut	47	47	52
befriedigend	23	23	23
ausreichend	6	6	5
mangelhaft	2	1	1
ungenügend	1	1	1

Frage: Wie beurteilen Sie die Qualität des Trinkwassers, also des Wassers, das in Ihrer Wohnung (Ihrem Haus) aus der Leitung kommt? Bitte benutzen Sie für Ihre Bewertung Schulnoten von 1 für „sehr gut“ bis 6 für „ungenügend“.

Die Zeitreihen in Tabelle 8 zeigen, wie die Bewertungen der Umweltqualität seit Beginn der 90er Jahre kontinuierlich positiver geworden sind. Die Daten zeigen, dass die sich in vielen Messreihen manifestierenden Verbesserungen durchaus auch in der Bevölkerung wahrgenommen werden.

Die Zeitreihen zeigen zudem, dass die Ost-West-Differenzen primär darauf zurückzuführen sind, dass die Westdeutschen die Umwelt in Ost-Deutschland negativer beurteilen, während die dortigen Bewohner ihre Umwelt schon als qualitativ weitaus positiver wahrnehmen.

Tabelle 8: Beurteilung der Umweltqualität in Deutschland seit 1991

Anteil der Befragten in %, die die Umweltverhältnisse als sehr gut bzw. recht gut einschätzen	Jahr						
	91	92	93	94	96	98	00
Einschätzung der Umweltverhältnisse in Ostdeutschland							
Befragte gesamt	2	6	10	11	19	24	35
Ost	4	13	27	25	51	53	58
West	2	5	5	7	11	17	28
Einschätzung der Umweltverhältnisse in Westdeutschland							
Befragte gesamt	55	49	52	55	52	60	77
Ost	80	66	73	67	53	56	76
West	48	45	47	51	52	61	78

Interessant am Rande ist auch, dass 1991, zu einem Zeitpunkt als nicht einmal 50% der Westdeutschen die Umweltqualität im Westen als gut beurteilten, noch 80% der Ost-Deutschen der Meinung waren, dass dort im „goldenen Westen“ die Umweltqualität doch gut sein würde. In den folgenden Jahren ging diese Zahl kontinuierlich bis auf 53% (1996) zurück. Erst jetzt wird erstmals der Wert von

1991 wieder annähernd erreicht. Ganz anders sieht es im Osten aus. Der Anteil der Ost-Deutschen, der die Qualität der Umwelt in der eigenen Heimat als gut bewertet, stieg stetig an und hat jetzt 58% erreicht, während die West-Deutschen in der positiven Beurteilung immer noch weit hinterhinken.

3.2 Umweltprobleme im eigenen Wohnumfeld und in der eigenen Gemeinde

Inwieweit man sich im eigenen Wohnumfeld durch schlechte Luft, Autoabgase oder Lärm belästigt fühlt, ist naturgemäß sehr stark davon abhängig, wo man wohnt. Insbesondere Lärm ist ein Umweltproblem, das räumlich sehr ungleich verteilt ist. Während die Anwohner von viel befahrenen Durchgangsstraßen erheblich unter Lärm zu leiden haben, sind die Anwohner ruhiger Wohnstraßen kaum betroffen und diejenigen, die an der Peripherie im Grünen wohnen, fühlen sich vielleicht durch Lärm überhaupt nicht gestört.

Tabelle 9: Belästigungen im Wohnumfeld (Abgase, Lärm etc.)

Angaben in %	Erhebung 2000				
	äußerst gestört und belästigt	stark gestört und belästigt	mittel mäßig gestört und belästigt	etwas gestört und belästigt	überhaupt nicht gestört und belästigt
Autoabgase	6	13	16	28	37
Straßenverkehrslärm	6	11	19	27	37
schlechte Luft	4	9	16	24	47
Lärm von Nachbarn	2	4	9	22	63
Flugverkehrslärm	2	3	9	17	69
Abgase und Abwässer von Fabriken	2	4	8	15	71
Industrie- und Gewerbelärm	1	3	7	15	74
Schienenverkehrslärm	2	3	7	10	78

Frage: Wenn Sie einmal an die letzten 12 Monate hier bei Ihnen denken, wie stark fühlen Sie sich persönlich, also in Ihrem eigenen Wohnumfeld, von folgenden Dingen gestört oder belästigt?

Wie bereits bei den vergangenen Erhebungen erscheinen die Prozentzahlen derjenigen, die sich über Lärm, schlechte Luft oder Abgase in ihrem eigenen Wohnumfeld beklagen, auf den ersten Blick nicht sonderlich hoch. Durchweg sind es weniger als 20%, die sich „stark“ oder „sehr stark“ belästigt fühlen, wobei sich Autoabgase, Straßenverkehrslärm und schlechte Luft auf den ersten Rangplätzen der Belästigungsquellen befinden.

Tabelle 10: Belästigungen im Wohnumfeld (Zeitreihe)

Anteil der Befragten in %, die sich äußerst oder stark gestört und belästigt fühlen durch...	Jahr						
	91	92	93	94	96	98	00*
BEFRAGTE GESAMT							
Autoabgase					14	12	19
Straßenverkehrslärm	22	23	23	20	14	15	17
schlechte Luft					10	7	13
Abgase und Abwässer von Fabriken					4	2	6
Lärm von Nachbarn							6
Flugverkehrslärm	15	14	11	10	5	4	5
Schienenverkehrslärm	4	3	4	3	2	2	5
Industrie- und Gewerbelärm	3	3	3	3	2	2	4
BEFRAGTE WEST							
Autoabgase					14	12	19
Straßenverkehrslärm	19	18	20	17	12	15	18
schlechte Luft					10	7	13
Abgase und Abwässer von Fabriken					5	2	6
Lärm von Nachbarn							7
Flugverkehrslärm	17	17	13	11	6	4	6
Schienenverkehrslärm	3	2	4	4	2	2	5
Industrie- und Gewerbelärm	3	3	4	3	2	2	5
BEFRAGTE OST							
Autoabgase					18	13	18
Straßenverkehrslärm	35	39	36	37	21	17	16
schlechte Luft					9	7	11
Abgase und Abwässer von Fabriken					2	2	5
Lärm von Nachbarn							4
Flugverkehrslärm	8	5	4	3	2	2	2
Schienenverkehrslärm	4	5	5	3	3	2	2
Industrie- und Gewerbelärm	3	4	2	4	1	1	1

* Die Skalierung wurde bei der 2000er Studie wegen der Angleichung an internationale Instrumente verändert. 1998 und 1996 wurde der Grad der Belästigung mit einer dreistufigen Skala („stark“, „nicht so stark“, „gar nicht“) erfasst, nun wird eine fünfstufige Skala („äußerst stark belästigt“, „stark“, „mittelmäßig“, „etwas“, „überhaupt nicht belästigt“) eingesetzt.

Von 1998 zu 2000 ist ein leichter Anstieg der Werte feststellbar. In Bezug auf den Straßenverkehr hatte sich schon 1998 eine wachsende Sensibilität gezeigt. Dies setzt sich offenbar fort. **Es ist vor allem der Straßenverkehr mit seinem Lärm und seinen Abgasen, der im eigenen Wohnumfeld als Quelle von Belästigung empfunden wird.** Im Ost-West-Vergleich erweist sich die Sensibilität in den alten Bundesländern heute, im Gegensatz zum Beginn der 90er Jahre, generell als größer - nahezu alle Belästigungsquellen weisen hier höhere Werte auf.

Auf den ersten Blick wirken die Prozentzahlen nicht sonderlich beunruhigend, doch sollte man berücksichtigen, dass viele Bürgerinnen und Bürger in ruhigen Wohnstraßen, in Randbezirken der Städte oder auf dem Land wohnen und deshalb kaum betroffen sind. Betrachtet man die empfundenen Belästigungen in Abhängigkeit von der jeweiligen Wohnlage, ergibt sich ein erheblich verändertes Bild: Jeder zweite Anwohner von stark befahrenen Hauptstraßen fühlt sich durch Lärm und Abgase „stark“ bzw. „äußerst stark“ belästigt.

Tabelle 11: Belästigungen durch Straßenverkehr in Abhängigkeit von der Wohnlage

Anteile in % der Befragten, die angeben, sie fühlten sich äußerst gestört und belästigt bzw. stark gestört und belästigt	Erhebung 2000			
	<i>stark befahrene Hauptverkehrsstraße</i>	<i>innerstädtische Straße mit durchschnittlichem Verkehr</i>	<i>innerstädtische Straße mit wenig Verkehr</i>	<i>ruhige Wohnstraße</i>
Autoabgase	49	28	20	6
Straßenverkehrslärm	55	27	15	6
schlechte Luft	30	18	14	7

Was ist das größte Umweltproblem in der Gemeinde, in der die Befragten wohnen? Wir haben die Frage bewusst offen, d. h. ohne Vorgabe von Antworten, gestellt, um zu erfahren, welche Probleme den Befragten spontan in den Sinn kommen. Etwa die Hälfte benennt kein Problem, was man als Indikator dafür werten kann, dass es zumindest aktuell kein Umweltproblem in der Gemeinde gibt, das so brisant und heiß diskutiert ist, dass es den Befragten sofort in den Sinn kommt. Unter den von der anderen Hälfte der Befragten genannten Problemen rangiert der Straßenverkehr mit großem Abstand an der Spitze, gefolgt von den Problemen „Luftverschmutzung“ und „Müll“.

Tabelle 12: Das größte Umweltproblem in der eigenen Gemeinde

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
kein Problem genannt	48	50	40
die sieben häufigsten Nennungen:			
Straßenverkehr	15	14	19
Luftverschmutzung	6	6	5
Müllabfuhr	6	6	4
Waldverschmutzung	3	2	4
mangelnde Sauberkeit	2	2	3
Wasserqualität und Wasserverschmutzung	2	2	3
Abwasserentsorgung	2	1	6

Frage: Was ist nach Ihrer Einschätzung das derzeit größte Umweltproblem in Ihrer Gemeinde?

3.3 Fortschritte in den letzten 5 Jahren

Hat sich die Umweltqualität in Deutschland in den letzten Jahren verbessert? Die Bevölkerung weiß hier durchaus zu differenzieren. **Während man große Fortschritte bei der Reinhaltung der Gewässer anerkennt, sieht man in anderen Bereichen, z.B. der Sauberkeit der Luft und dem Zustand des Bodens, keine großen Fortschritte. Beim Klimaschutz herrscht sogar ein negativer Eindruck vor, hier sind nur 9% der Meinung es habe große Fortschritte gegeben, während 31% glauben, es sei sogar schlimmer geworden.**

Generell ist ein Ost-West-Gefälle festzustellen, d.h. die Befragten aus den neuen Ländern nehmen häufiger große Fortschritte in den verschiedenen Feldern des Umweltschutzes wahr als die Befragten in den alten Bundesländern. Nur beim Klimaschutz kommt man zu einem fast identischen negativen Urteil.

Der Zeitreihenvergleich mit 1998 zeigt, dass sich seither keine großen Veränderungen ergeben haben. Auch 1998 sah man vor allem im Bereich des Wasserschutzes und bei der Energieeinsparung große Fortschritte, während man den Bereich des Klimaschutzes am negativsten beurteilte. Mit Ausnahme des Wasserschutzes ist jeweils die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden sind, d.h. es wird eine gewisse Stagnation im Umweltschutz gesehen.

Tabelle 13: Wahrgenommene Verbesserungen/Fortschritte in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes (Zeitreihe)

Angaben in %	Erhebung 2000			Erhebung 1998		
	große Fortschritte	keine wesentlichen Fortschritte	ist eher schlimmer geworden	große Fortschritte	keine wesentlichen Fortschritte	ist eher schlimmer geworden
BEFRAGTE GESAMT						
bei der Reinheit der Gewässer	49	42	5	46	38	5
bei der Energie-Einsparung	30	57	9	34	47	7
bei der Sauberkeit der Luft	24	58	15	30	49	13
beim Naturschutz	24	61	10	-	-	-
beim Zustand des Bodens	11	61	16	17	52	12
beim Klimaschutz	9	55	31	10	45	31
BEFRAGTE WEST						
bei der Reinheit der Gewässer	46	44	6	42	42	6
bei der Energie-Einsparung	29	58	10	33	48	7
bei der Sauberkeit der Luft	19	61	17	24	52	15
beim Naturschutz	22	62	10	-	-	-
beim Zustand des Bodens	9	61	19	15	53	13
beim Klimaschutz	9	54	32	10	44	32
BEFRAGTE OST						
bei der Reinheit der Gewässer	58	36	2	62	28	2
bei der Energie-Einsparung	34	55	4	36	45	6
bei der Sauberkeit der Luft	41	51	6	57	34	5
beim Naturschutz	30	58	8	-	-	-
beim Zustand des Bodens	17	60	8	23	47	7
beim Klimaschutz	9	57	28	9	46	28

*Frage: Gab es Ihrer Meinung nach in den letzten fünf Jahren in den nachfolgenden Bereichen große Fortschritte, keine wesentlichen Fortschritte, oder ist es im Gegenteil eher schlimmer geworden?
Die Weiß-Nicht-Antworten wurden nicht in die Tabelle aufgenommen, so dass sich die Antworten nicht zu 100% addieren.*

4 Umweltpolitik – zwischen Akzeptanz und Kritik

4.1 Klimaschutz

Der Klimaschutz gilt in Deutschland als ein besonders wichtiges Aufgabenfeld der Umweltpolitik. In dieser Frage herrscht große Einmütigkeit, nur 2% der Bevölkerung halten die Reduktion von klimaschädlichen Gasen für „weniger wichtig“, Ost-West-Unterschiede sind in dieser Frage nicht auszumachen.

Tabelle 14: Einstellung gegenüber der Reduktion von klimaschädlichen Gasen

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
für sehr wichtig	66	66	65
für eher wichtig	32	32	33
für weniger wichtig	2	2	2
für überhaupt nicht wichtig	0	0	0

Frage: Für wie wichtig halten Sie die deutliche Verringerung von klimaschädlichen Gasen, z.B. den Ausstoß von Kohlendioxid?

Angesichts des letzten Platzes, den der Bereich Klimaschutz bei der Wahrnehmung von Verbesserungen einnimmt, ist es nur folgerichtig, dass 58% der Bevölkerung davon überzeugt sind, dass die Bundesregierung nicht genug tut, um die vereinbarten Reduktionsziele zu erreichen. Die hohe Zahl von „weiß nicht“ Antworten verweist allerdings auch darauf, dass hier offenkundig Informationsdefizite bestehen.

Tabelle 15: Handeln der Bundesregierung im Klimaschutz

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
ja, glaube ich	22	23	20
nein, glaube ich nicht	58	58	57
weiß nicht	20	19	23

Frage: Glauben Sie, dass die Bundesregierung genug dafür tut, um dieses Ziel zu erreichen?

4.2 Atomausstieg

Wie in Kapitel 9 „Risikowahrnehmung und Zukunftsszenarien“ noch ausführlich dargestellt wird, hält eine große Mehrheit von 85% der Bevölkerung die Atomtechnologie für eine gefährliche Technik. Nur 2,4% der Befragten halten sie für „überhaupt nicht gefährlich“ und 12,6% für „kaum gefährlich“.

Da erstaunt es dann nicht, wenn sich drei Viertel der Befragten unserer Studie dafür aussprechen, die Bundesregierung solle doch eher so schnell wie möglich aus der Kernenergie aussteigen, nur 7% sind strikt gegen den schnellen Ausstieg. Trotz aller öffentlicher Kontroversen scheint die Bevölkerung mehrheitlich schon fest von einem Ausstiegskonsens auszugehen: Nach Szenarien der Zukunft befragt, finden 67% es wahrscheinlich, dass Deutschland in den nächsten Jahren aus der Atomenergie aussteigen wird.

Tabelle 16: Einstellung zum Atomausstieg

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
ja	41	41	40
eher ja	35	34	37
eher nein	17	17	18
Nein	7	8	5

Frage: Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, aus der Atomenergie auszusteigen. Finden Sie es richtig, dass Deutschland so schnell wie möglich aus der Atomkraft aussteigen sollte?

4.3 Vertrauen in die Umweltschutzgesetze und die Lösungskompetenz von Parteien und Institutionen

Nach wie vor ist die Mehrheit der Bürger der Meinung, dass die vorhandenen Umweltgesetze nicht ausreichen. An dieser Einschätzung hat sich in den letzten Jahren nichts Wesentliches verändert. Seit 1993 ist es konstant nur etwa ein Drittel, das die bestehenden Gesetze für ausreichend hält. Von 1998 zu 2000 ist die Quote sogar leicht zurückgegangen, wobei sich die Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern in ihren Urteilen nun nicht mehr unterscheidet. 1998 waren die Differenzen noch deutlicher, in den alten Bundesländern hielten mehr Befragte die Gesetze für ausreichend.

Tabelle 17: Ausreichen der bestehenden Umweltgesetze

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
ja, glaube	34	34	35
nein, glaube ich nicht	53	53	50
weiß nicht	13	13	15

Frage: Glauben Sie, dass in Deutschland die bestehenden Gesetze zum Schutz der Umwelt im großen und ganzen ausreichen, oder glauben Sie das nicht?

Anteile in % der Befragten, die die bestehenden Umweltschutzgesetze für ausreichend halten	Jahr						
	91	92	93	94	96	98	00
Befragte gesamt	23	27	31	32	32	37	34
Befragte West	23	26	30	33	32	38	34
Befragte Ost	24	28	36	29	32	32	35

Welchen Institutionen und Parteien spricht man Kompetenz in Umweltfragen zu? Wem vertraut man oder misstraut man, wenn es um Umweltschutz geht? **Allgemein herrscht eher Skepsis vor, insbesondere im Hinblick auf die politischen Parteien. Am besten schneiden Umweltschutzorganisationen, Bürgerinitiativen und die Verbraucherberatung ab. Auch die Umweltschutzbehörden liegen noch im „grünen Bereich“ der eher positiven Beurteilung.** Doch auch bei diesen Institutionen ist das Vertrauen nicht uneingeschränkt, auch den Umweltschutzorganisationen und -verbänden bringen nur 16% „volles Vertrauen“ entgegen, womit diese noch an der Spitze der Rangliste liegen. Gewerkschaften, Kirchen und Industrie liegen allesamt im negativen Bereich. Ihnen schenkt man mehrheitlich kein Vertrauen, wobei die Industrie die Negativliste anführt, nur 8% urteilen hier im positiven Bereich der Vertrauensskala, während 70% negativ urteilen und 22% unentschieden sind. Auch für die Kirchen ist das Urteil wenig günstig: 16% äußern Vertrauen, 54% Misstrauen. Die Parteien schneiden im Vergleich zu den genannten Institutionen generell schlechter ab, wenn es um Vertrauen in ihre umweltpolitische Kompetenz geht. Am ehesten vertraut man noch dem Bündnis '90/Die Grünen - was beim Thema Umweltschutz kaum verwundern dürfte - doch auch hier liegt der Mittelwert nur hauchdünn im positiven Bereich der Skala. Die Zeitreihe zeigt, dass sich in punkto Vertrauen in den letzten Jahren wenig verändert hat.

Tabelle 18: Vertrauen in umweltpolitische Kompetenz von Verbänden und Parteien

Angaben in %	Erhebung 2000					Mittelwert*
	volles Vertrauen		kein Vertrauen			
	1	2	3	4	5	
Umweltschutzorganisationen und –verbände	16	47	29	5	3	2,30
Bürgerinitiativen	13	43	33	9	2	2,45
Verbraucherberatung/ Verbraucherverbände	10	40	35	10	5	2,60
Umweltschutzbehörden	9	36	41	10	4	2,63
Gewerkschaften	2	13	36	31	18	3,52
Kirchen	3	13	30	28	26	3,61
Industrie	2	6	22	34	36	3,97
CDU/CSU	4	10	27	26	33	3,76
SPD	2	17	43	21	17	3,34
Bündnis 90/Die Grünen	9	34	27	14	16	2,94
F.D.P.	1	6	28	33	32	3,89
PDS	1	6	25	25	43	4,02

Fragen: a) Wem trauen Sie es am ehesten zu, sinnvolle Lösungen für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten? Im folgenden nenne ich Ihnen dazu verschiedene Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir mit den Abstufungen auf der Liste, wie viel Vertrauen im Bereich des Umweltschutzes Sie in jede Einrichtung haben.

b) Und wie sieht es mit den Parteien aus: Wie viel Vertrauen im Bereich des Umweltschutzes haben Sie in jede der folgenden Parteien?

*In der Spalte „Mittelwert“ ist der Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen angegeben. Die Skala reicht von 1=volles Vertrauen bis 5=kein Vertrauen. Je kleiner der Mittelwert, desto größer ist also das durchschnittlich entgegen gebrachte Vertrauen.

Interessant ist, dass zwischen dem Vertrauen in die umweltpolitische Kompetenz, das man Verbänden und Parteien entgegenbringt, und dem persönlichen Interesse an Politik generell eine positive Korrelation besteht: **Wer sich stärker mit Politik befasst, der bringt sowohl den Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen wie auch den Parteien mehr Vertrauen entgegen. Misstrauen geht hier also mit Politikferne einher.**

Tabelle 19: Vertrauen in umweltpolitische Kompetenz von Verbänden und Parteien (Zeitreihe)

Zeitvergleich und Ost-West-Vergleich der Mittelwerte	Erhebung 2000			Erhebung 1998		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Umweltschutzbehörden	2.6	2.6	2.6	2.7	2.7	2.6
Umweltschutzorganisationen und -verbände	2.3	2.3	2.4	2.3	2.4	2.3
Bürgerinitiativen	2.5	2.5	2.5	2.4	2.5	2.4
Gewerkschaften	3.5	3.6	3.4	3.5	3.5	3.4
Industrie	4.0	4.0	3.9	3.8	3.8	3.8
Kirchen**	3.6	3.6	3.6	-	-	-
Verbraucherberatung/ Verbraucherverbände**	2.6	2.6	2.7	-	-	-
CDU/CSU	3.8	3.8	3.8	3.7	3.7	3.7
SPD	3.3	3.3	3.5	3.4	3.4	3.5
Bündnis 90/Die Grünen	2.9	2.8	3.2	2.9	2.9	2.8
F.D.P.	3.9	3.9	3.9	3.9	3.9	3.8
PDS	4.0	4.2	3.4	4.0	4.2	3.4

**In der Tabelle ist der jeweiligen Mittelwerte der Bewertungen angegeben. Die Skala reicht von 1=volles Vertrauen bis 5=kein Vertrauen. Je kleiner der Mittelwert, desto größer ist also das durchschnittlich entgegen gebrachte Vertrauen.*

***erstmalig in der Erhebung 2000 gefragt*

Tabelle 20: Politikinteresse

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
sehr stark	9	10	6
stark	18	18	16
mittel	44	44	44
wenig	23	22	27
überhaupt nicht	6	6	7

Frage: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

4.4 Zahlungsbereitschaft

Eine besonders heikle Frage ist, ob und in welcher Form die Bürgerinnen und Bürger selbst bereit sind, für verbesserten Umweltschutz mehr zu zahlen. Wir fragten „Inwieweit sind Sie persönlich bereit, höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu bezahlen, wenn sichergestellt ist, dass diese direkt dem Umweltschutz zugute kämen?“ und „Inwieweit sind Sie persönlich bereit, höhere Preise für Produkte zu bezahlen, die weniger umweltbelastend sind?“

Egal, ob es sich darum handelt, höhere Preise für umweltfreundliche Produkte zu zahlen oder höhere Steuern mit der Zweckbindung Umweltschutz oder gar um die mögliche Einschränkung des eigenen Lebensstandards, immer bekundet eine Mehrheit, sie sei dazu im Prinzip bereit. Überschwänglich ist die Begeisterung nicht, denn der Prozentsatz der „sehr Bereiten“ liegt jeweils kaum höher als 10 Prozent, doch haben wir es eben nicht mit einer prinzipiellen Ablehnung zu tun. Am ehesten ist man noch bereit, höhere Preise für umweltfreundliche Produkte zu zahlen. Das ist nachvollziehbar, denn hier kann jeder situativ selbst entscheiden, ob er höhere Preise zahlen will oder nicht - man behält also die Handlungskontrolle. Am geringsten ist die Zahlungsbereitschaft in Form höherer Steuern, hier ist auch die Zahl der strikten Gegner am größten.

Tabelle 21: Zahlungsbereitschaft für Umweltschutz

Angaben in %	Erhebung 2000			
	sehr bereit	eher bereit	eher nicht bereit	nicht bereit
Inwieweit sind Sie persönlich bereit, ...				
... höhere Preise für Produkte zu bezahlen, die weniger umweltbelastend sind?	12	59	24	5
... höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu bezahlen, wenn sichergestellt ist, dass diese direkt dem Umweltschutz zugute kämen?	13	47	26	14
... Abstriche von Ihrem Lebensstandard zu machen, um die Umwelt zu schützen?	10	55	29	6

Frage: Inwieweit sind Sie persönlich bereit, [...?]

Interessant ist der Zeitreihenvergleich mit den Ergebnissen von 1998 und 1996. Damals war die Zahlungsbereitschaft mit einer dreistufigen Antwortvorgabe („ja“, „nein“, „teilweise“) erfragt worden. 1998 hatten sich 19% bereit erklärt, 1996 waren es 20%. Die Zahl der nicht Bereiten betrug 53% (1998) bzw. 49% (1996) und dies erschien angesichts des ansonsten festgestellten hohen Umweltbewusstseins relativ hoch. Wir haben nun, angeglichen an die Antwortvorgaben der Umweltbefragungen im

Rahmen des *International Social Survey Program*, eine Abstufung der Zustimmung bzw. Ablehnung der Zahlungsbereitschaft ermöglicht. Die Zahl der ohne Vorbedingung Zahlungsbereiten ist mit 12% nun deutlich niedriger als 1998. Aber auch die Zahl der dezidiert nicht Bereiten ist kleiner geworden, während die Mehrheit der Befragten die neu eingefügte Kategorie der abgeschwächten Zustimmung („bin eher bereit“) wählt.

Tabelle 22: Ablehnung von höheren Steuern für Umweltschutz (Zeitreihe)

Angaben in %	Jahr		
	2000	1998	1996
Inwieweit sind Sie persönlich <i>nicht</i> bereit höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu bezahlen, wenn sichergestellt ist, dass diese direkt dem Umweltschutz zugute kämen?	40	53	49

4.5 Ökologische Steuerreform

Waren es 1998 nur 35%, die schon von der ökologischen Steuerreform gehört hatten, so ist die Zahl nun auf 78% hoch geschneilt. Das ist alles andere als verwunderlich, schließlich ist die ökologische Steuerreform nach dem Regierungswechsel die offizielle Politik der Bundesregierung und das Thema ist häufig in den Medien präsent. Um so erstaunlicher ist es, dass immer noch 22% der Bürger angeben, nichts von der Diskussion um die ökologischen Steuerreform zu wissen. Offenkundig besteht in dieser Frage noch erheblicher Kommunikationsbedarf.

Tabelle 23: Bekanntheit der Diskussion um die ökologische Steuerreform

Angaben in %	Erhebung 2000			Erhebung 1998			Erhebung 1996		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
Ja	78	77	82	35	36	31	30	32	24
Nein	22	23	18	65	64	69	70	68	76

Frage: In jüngster Zeit wird über eine sogenannte ökologische Steuerreform diskutiert. Haben Sie von dieser Diskussion um eine ökologische Steuerreform schon gehört?

In Bezug auf die Akzeptanz der ökologischen Steuerreform zeichnen die Daten ein ambivalentes, teilweise auch kontroverses Bild. Wir haben den Befragten fünf Statements zur ökologischen Steuerreform vorgelegt, welche einerseits die hinter diesem Konzept stehenden Intentionen der Protagonisten zum Ausdruck bringen, andererseits in den Medien auffindbare Stereotype formu-

lieren. Am stärksten findet das Gerechtigkeitsargument Anklang. 82% stimmen zu: Wer die Umwelt in geringerem Maße belastet, der soll auch geringere Steuern bezahlen. Offenkundig sieht man das Gerechtigkeitsprinzip aber in der praktizierten ökologischen Steuerreform nicht umgesetzt, denn 66% stimmen „voll und ganz“ bzw. „weitgehend“ dem Statement zu, „die ökologische Steuerreform sei sozial ungerecht und diene lediglich dazu, beim Bürger abzukassieren“. Auch in Bezug auf die Umwelteffekte der ökologischen Steuerreform ist ein eher negatives Bild zu konstatieren: 58% glauben, dass diese Steuerreform keinen Beitrag zur Lösung der Umweltprobleme leiste.

Das oben festgestellte Kommunikationsdefizit besteht nicht nur darin, dass fast ein Viertel der Bevölkerung bislang nichts von der ökologischen Steuerreform gehört hat, sondern es ist auch daran ablesbar, dass mehr als 70% eine der grundlegenden Zielsetzungen, nämlich Energie teurer und menschliche Arbeit billiger zu machen, bislang nicht nachvollziehen können.

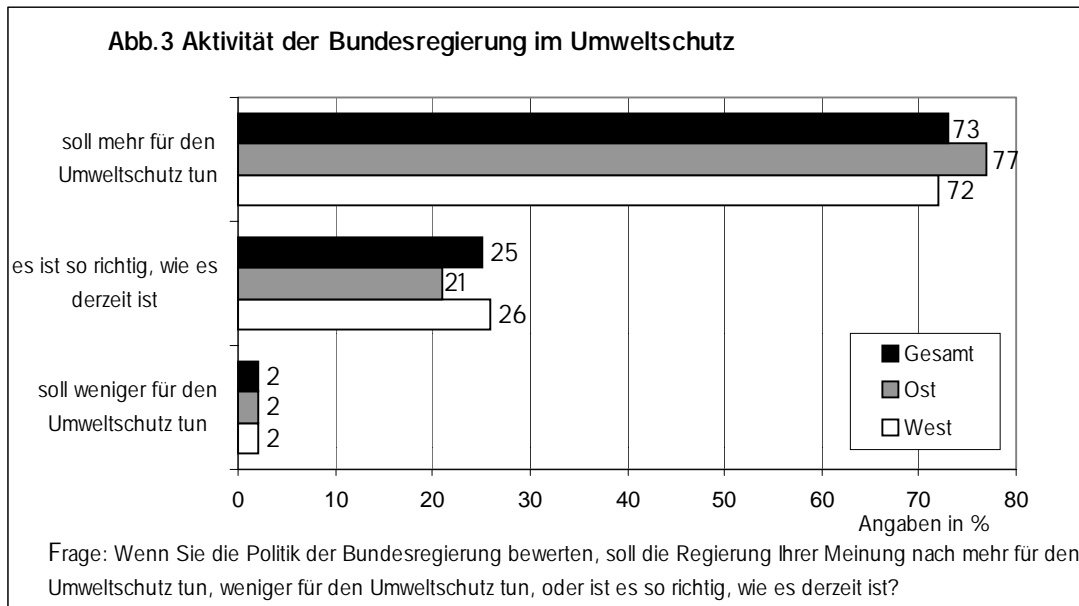
Tabelle 24: Zustimmung zu Statements über die ökologische Steuerreform

Angaben in %	Erhebung 2000			
	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Höhere Energiesteuern regen zum Energiesparen an und entlasten dadurch die Umwelt.	15	41	32	12
Die ökologische Steuerreform ist sozial ungerecht und dient lediglich dazu, beim Bürger abzukassieren.	31	35	26	8
Die Steuerreform macht Energie teurer und menschliche Arbeit billiger – dies schafft zusätzliche Arbeitsplätze.	6	23	51	20
Es ist nur recht und billig, wenn diejenigen, die die Umwelt in geringerem Maße belasten und etwas für den Umweltschutz tun, weniger Steuern bezahlen.	28	54	14	4
Die ökologische Steuerreform leistet keinen Beitrag zur Lösung der Umweltprobleme.	24	34	34	8

Frage: Im folgenden haben wir einige Aussagen zur ökologischen Steuerreform zusammengestellt. Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie den Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen!

Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung (56%) akzeptiert hingegen die Logik der ökologischen Steuerreform, nämlich dass höhere Energiesteuern zu einem rationellen, sparsamen Umgang mit Energie anregen. **Was sich hier schon andeutet, die prinzipielle Akzeptanz der Zielsetzungen der Umweltpolitik bei gleichzeitiger kritischer Haltung gegenüber der wahrgenommenen Politik, zeigt sich auch bei der Frage nach der Bewertung der gegenwärtigen Regierungspolitik**

in Sachen Umweltschutz: 73% sind der Meinung, die Regierung solle mehr für den Umweltschutz tun, nur 25% urteilen, es sei so richtig, wie es derzeit ist.



4.6 Information über Umweltprobleme

Wenn die Intentionen und Ziele der Umweltpolitik geteilt werden, die praktizierte Politik aber eher kritisch gesehen wird, rücken natürlich Fragen der Kommunikation, der Kommunikationskanäle und des Informationsverhaltens der Bürger in den Mittelpunkt des Interesses. Wie informiert sich die Bevölkerung über Umweltprobleme, welche Informationskanäle nutzt sie, und wie oft nutzt sie diese? Findet sie die Informationen ausreichend, fühlt sie sich gut informiert?

Am häufigsten genutzt werden die Regionalpresse, d.h. Tageszeitungen und Stadtzeitungen, sowie das öffentlich-rechtliche Fernsehen, aber auch die Privatsender spielen eine beachtliche Rolle. Fachzeitschriften und überregionale Tageszeitungen rangieren am Ende der Skala, sie sind nur für eine 18% bzw. 16% umfassende Minderheit eine „oft“ oder „sehr oft“ genutzte Informationsquelle. Für mehr als ein Drittel ist der Hörfunk ein „oft“ oder „sehr oft“ genutztes Medium. Auch persönliche Gespräche mit Freunden und Bekannten werden von mehr als 40% als oft genutzte Informationsquelle in Sachen Umweltschutz genannt.

Tabelle 25: Häufigkeit der Nutzung von Informationsquellen

Angaben in %	Erhebung 2000			
	sehr oft	oft	selten	nie
Regionalpresse (Tageszeitungen, Stadtteilzeitungen)	17	45	31	7
Fernsehen öffentlich-rechtliche Programme (z.B. ARD, ZDF, 3. Programme)	15	41	37	7
persönliche Gespräche mit Bekannten/ Freunden	10	34	49	7
Fernsehen private Anbieter (z.B. RTL, SAT 1, PRO 7)	10	29	46	15
Hörfunk	7	29	45	19
Wochenzeitschriften/ Wochenzeitungen	3	17	45	35
überregionale Tageszeitungen (z.B. Süddeutsche, FAZ, Die Welt)	5	13	35	47
Fachzeitschriften	4	12	31	53

Frage: Wie häufig informieren Sie sich über Umweltprobleme? Sagen Sie mir bitte anhand der Liste, wie häufig Sie die Quellen, die ich Ihnen gleich vorlese, zur Information über Umweltprobleme nutzen.

Bei der Frage der Glaubwürdigkeit der Medien ergibt sich ein deutlich anderes Bild als bei der Nutzungshäufigkeit. Fachzeitschriften, auf dem letzten Platz in der Häufigkeitsrangliste, erscheinen nun auf Platz 1. Sie werden zwar selten gelesen, gelten aber 85% der Befragten als besonders glaubwürdig. Den zweiten Rangplatz nimmt das öffentlich-rechtliche Fernsehen ein (13% „sehr glaubwürdig“, 73% „glaubwürdig“), gefolgt von den Gesprächen mit Freunden und Bekannten (16% bzw. 64%) und dem Hörfunk (9% bzw. 74%).

Insgesamt gelten die Medien eher als glaubwürdig. Die Rangliste, der für „weniger glaubwürdig“ oder „überhaupt nicht glaubwürdig“ gehaltenen Medien reicht von 14% für das öffentlich-rechtliche Fernsehen bis zu 48% für das Privatfernsehen - also auch hier entscheidet sich die Mehrheit noch zugunsten der Glaubwürdigkeit. Keine der abgefragten Informationsquellen gilt als ausgesprochen unglaubwürdig. Auch bei den Wochenzeitschriften und dem Fernsehen privater Anbieter sind es nur 7% bzw. 9%, die derart negativ urteilen.

Tabelle 26: Glaubwürdigkeit der Informationsquellen

Angaben in %	Erhebung 2000				Mittelwert*
	sehr glaubwürdig	glaubwürdig	weniger glaubwürdig	überhaupt nicht glaubwürdig	
Code	1	2	3	4	
Regionalpresse (Tageszeitungen, Stadtteilzeitungen)	9	72	17	2	2,12
Fernsehen öffentlich-rechtliche Programme (z.B. ARD, ZDF, 3. Programme)	13	73	12	2	2,02
persönliche Gespräche mit Bekannten/ Freunden	16	64	18	2	2,06
Fernsehen private Anbieter (z.B. RTL, SAT 1, PRO 7)	3	49	39	9	2,53
Hörfunk	9	74	15	2	2,11
Wochenzeitschriften/ Wochenzeitungen	4	54	35	7	2,45
überregionale Tageszeitungen (z.B. Süddeutsche, FAZ, Die Welt)	10	66	19	5	2,18
Fachzeitschriften	27	58	11	4	1,91

Frage: Nun sagen Sie mir bitte noch anhand dieser Liste, für wie glaubwürdig Sie diese Quellen halten.

**In der Spalte „Mittelwert“ ist der Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen angegeben. Die Skala reicht von 1=sehr glaubwürdig bis 4=überhaupt nicht glaubwürdig. Je kleiner der Mittelwert, desto glaubwürdiger wird die Informationsquelle im Bevölkerungsdurchschnitt eingestuft.*

Der Umfang der Umweltberichterstattung in den Medien wird uneinheitlich beurteilt. Während 42% finden, dass der Umfang genau richtig sei, finden ebenso viele, dass die Medien eigentlich eher zu wenig über Umweltprobleme berichten würden. Die Zahl derjenigen, die ein Übermaß an Berichterstattung beklagen, ist allerdings wesentlich kleiner: Nur 6% sind dieser Meinung.

Tabelle 27: Bewertung des Umfangs der Umweltberichterstattung

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
eher zuviel	6	5	7
genau richtig	42	42	43
eher zu wenig	42	43	41
weiß nicht	10	10	9

Frage: Finden Sie, dass die Medien eher zu viel, genau in der richtigen Menge oder eher zu wenig über Umweltprobleme berichten?

Die Qualität der Umweltberichterstattung durch die Medien wird als einigermaßen „befriedigend“ eingeschätzt. Wir haben die Befragten aufgefordert, Schulnoten für die Berichterstattung zu vergeben.

Nur 2% fühlen sich durch die Medien „sehr gut“ über Umweltprobleme informiert. Immerhin 27% urteilen mit „gut“ - der Mittelwert liegt bei 3,1, also fast exakt bei der Note „befriedigend“.

Tabelle 28: Bewertung der Qualität der Umweltberichterstattung

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
sehr gut	2	2	1
gut	27	27	29
befriedigend	38	38	40
ausreichend	20	20	19
mangelhaft	12	12	10
ungenügend	1	1	1

Frage: Wie fühlen Sie sich durch die Medien über Umweltprobleme informiert? Bitte benutzen Sie für Ihre Bewertung Schulnoten von 1 für „sehr gut“ bis 6 für „ungenügend“.

Angesichts der rasch wachsenden Bedeutung der neuen Medien, insbesondere des Internets, waren wir gespannt zu erfahren, wie viele Personen bereits das Internet als Informationsquelle über politische Themen nutzen. Etwa ein Viertel der Befragten hat einen Zugang zum Internet, wobei der Prozentsatz in den neuen Ländern noch deutlich kleiner ist. Von denjenigen, die über einen Internetzugang verfügen, sind es immerhin beachtliche 18% , die sich „häufig“ oder „sehr häufig“ auf diese Weise politische Informationen verschaffen. In Anbetracht der rasant wachsenden Verbreitung des Netzes lässt sich unschwer prognostizieren, dass dieses Medium auch für die Umweltinformation, Umweltaufklärung und -beratung zukünftig rasch wichtiger werden wird.

Tabelle 29: Häufigkeit der Internetnutzung zur Information über politische Themen

Angaben in % derer, die in Ihrem Haushalt einen Computer mit einem Zugang zum Internet haben	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
sehr häufig	5	6	2
häufig	13	13	12
manchmal	23	23	21
selten	25	27	13
nie	34	31	52

Frage: Wie häufig nutzen Sie das Internet, um sich über politische Themen zu informieren?

5 Persönliches Umweltverhalten

5.1 Umweltrelevantes Konsumverhalten

Die Agenda 21 thematisiert das Problem, dass die in den Industrieländern vorherrschenden Konsummuster mit der Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung kaum in Einklang zu bringen sind und propagiert deshalb einen Wechsel zu sogenannten „nachhaltigen Konsummustern“. Mit dieser Fokussierung auf „Konsum“ gerät das Umweltverhalten des Einzelnen ins Blickfeld. Es sind, so könnte man formulieren, nicht nur die Anbieter von Produkten, deren Verhalten Umweltprobleme zur Folge hat, sondern es sind auch die Nachfrager. In vielen Bereichen hat sich das Konsumverhalten bereits in Richtung umweltfreundliches Verhalten geändert, in anderen Bereichen lässt das Verhalten aber nach wie vor zu wünschen übrig: Beispielsweise kaufen heute mehr als 70% der Bevölkerung Artikel in Nachfüllpackungen, 80% kaufen nur „selten“ oder „nie“ Fertiggerichte und 51% benutzen wiederaufladbare Batterien. Bei vielen der abgefragten Verhaltensweisen ergibt sich aber ein ambivalentes Bild: Die Mehrheit kauft „selten“ oder „nie“ Getränke in Dosen, aber es werden natürlich dennoch weiterhin Getränke in Dosen konsumiert. Immerhin 28% geben an, immer“ oder „häufig“ Fleisch und Gemüse mit Bio-Zeichen zu kaufen, aber weitaus mehr Personen tun dies eben nicht.

Die Messung des persönlichen Umweltverhaltens auf der Basis selbst berichteten Verhaltens ist per se problembehaftet. Ob etwa Reinigungsmittel zunehmend in Nachfüllpackungen gekauft werden, ob der Markt für Biolebensmittel wächst, oder ob Fahrradreisen im Trend liegen, ist den Statistiken der Markt- und Konsumforschung weitaus zuverlässiger zu entnehmen. Das eigentliche methodische Problem besteht auch weniger darin, dass Befragte lügen oder sozial erwünschtes Antwortverhalten zeigen, sondern dass das Messinstrument „Befragung“ prinzipiell für solche Problemstellungen relativ ungenau ist. Man kann eben nicht präzise angeben, wie viele Fertiggerichte man im letzten halben Jahr gekauft hat, oder wie viele Flugkilometer im Jahr 1999 für Urlaubsreisen angefallen sind. Wenn man hier präzise Zahlen für das persönliche Umweltverhalten des Einzelnen benötigt, sind andere Forschungstechniken wie etwa Haushaltstagebücher erforderlich. Umfragen können aber sehr wohl ein aktuelles Meinungsbild erbringen, das Rückschlüsse auf die Stimmungslage und zukünftige Verhaltenspotenziale erlaubt.

Tabelle 30: Persönliches Umweltverhalten in ausgewählten Bereichen

Angaben in %	Erhebung 2000			
	immer	häufig	selten	nie
Ich benutze wiederaufladbare Batterien (Akkus).	16	35	22	24
Ich kaufe Fleisch und Gemüse mit Bio-Zeichen.	5	23	42	25
Ich kaufe Getränke in Dosen.	1	12	40	46
Ich packe Waren schon im Laden aus.	5	18	34	42
Ich kaufe ungebleichtes und ungefärbtes Toilettenpapier.	24	27	23	20
Ich kaufe Fertiggerichte.	2	17	45	35
Ich kaufe Artikel, zu denen es eine Nachfüllpackung gibt.	18	54	22	4
Ich kaufe Möbel aus einheimischen Hölzern (z.B. Kiefer, Buche, Eiche.)	16	30	28	8
Ich boykottiere Produkte von Firmen, die sich nachweislich umweltschädigend verhalten.	18	24	25	18
Ich kaufe Früchte und Gemüse der Jahreszeit entsprechend.	35	48	13	2
Ich kaufe Kleidung und Textilien aus reinen Naturfasern (Seide, Baumwolle, Leinen, Wolle).	12	47	29	8

5.2 Kennzeichnung umweltfreundlicher Produkte (Blauer Engel)

Woran erkennen die Konsumenten umweltfreundliche Produkte? Achten Sie auf bestimmte Aufschriften? Anfang der 90er Jahre war es der „Blaue Engel“, an dem in erster Linie umweltfreundliche Artikel erkannt wurden. Wenn man die Zeitreihe in Tabelle 31 betrachtet, **erkennt man, dass sich die herausragende Bedeutung des „Blauen Engels“ als Erkennungszeichen für umweltfreundliche Produkte inzwischen weitgehend nivelliert hat.** Zwar sind es mit 55% immer noch die meisten, die Öko-Produkte am Aufdruck des „Blauen Engels“ erkennen, doch haben die Aufschriften „Bio“ und „Öko“ kontinuierlich aufgeholt. Im Vergleich zur letzten Studie von 1998 wurde die Aufschrift „umweltfreundlich“ als Erkennungszeichen deutlich zurückgestuft. Ost-West-Unterschiede sind durchaus vorhanden: Der „Blaue Engel“ spielt - schon traditionell - im Osten eine geringere Rolle.

Tabelle 31: Erkennungshinweise für umweltfreundliche Produkte

Erkennungshinweise in % (Mehrfachnennungen möglich)	Jahr					
	92	93	94	96	98	00
BEFRAGTE GESAMT						
an der Aufschrift „Bio“	10	10	11	21	25	33
an der Aufschrift „Öko“	12	10	13	22	27	36
an der Aufschrift „umweltfreundlich“	26	18	23	39	47	36
am Aufdruck des „Blauen Engels“	61	61	59	48	45	55
BEFRAGTE WEST						
an der Aufschrift „Bio“	7	7	9	21	26	33
an der Aufschrift „Öko“	8	8	10	20	27	35
an der Aufschrift „umweltfreundlich“	22	15	19	39	48	37
am Aufdruck des „Blauen Engels“	65	64	60	52	48	57
BEFRAGTE OST						
an der Aufschrift „Bio“	19	22	19	23	20	37
an der Aufschrift „Öko“	27	20	24	28	28	41
an der Aufschrift „umweltfreundlich“	41	31	39	38	42	32
am Aufdruck des „Blauen Engels“	45	49	53	33	31	46

Frage: Woran erkennen Sie, ob ein Produkt umweltfreundlich ist?

5.3 Verhalten im Energiebereich

Der rationelle und sparsame Umgang mit Energie gilt als eines der bedeutsamsten Handlungsfelder des persönlichen Umweltverhaltens. Vor allem das Heizen der Wohnung und die Warmwasserbereitung sind hier wichtige Einsparbereiche. Tabelle 32 zeigt wie häufig dort bereits umweltgerechte Verhaltensweisen anzutreffen sind. Zwar verhält sich die Mehrheit, den eigenen Angaben zu Folge, durchaus umweltgerecht, doch sind es immer noch nicht unerhebliche Prozentanteile - jeweils mehr als ein Drittel - die im Winter die Fenster längere Zeit zum Lüften öffnen oder die Heizung auch dann nicht drosseln, wenn sie für mehr als vier Stunden die Wohnung verlassen. Beim Vergleich verschiedener Altersgruppen wird deutlich, dass Energiesparen vor allem eine Angelegenheit der älteren Altersgruppen ist.

Tabelle 32: Energieverhalten

Angaben in %	Erhebung 2000			
	immer	häufig	selten	nie
Ich bevorzuge es, zu duschen statt zu baden.	39	43	12	5
Um zu lüften, lasse ich auch im Winter das Fenster längere Zeit offen.	9	26	41	23
Ich drossle meine Heizung im Winter, wenn ich meine Wohnung für mehr als 4 Stunden verlasse.	33	29	21	14

Bei der Anschaffung neuer elektrischer Geräte den Energieverbrauch in die Kaufüberlegungen einzu- beziehen, ist für mehr als 80% der Bevölkerung schon seit längerem selbstverständlich. Gefragt, ob sie beim Kauf von Haushaltsgeräten auf den Energieverbrauch achten, antworten im Jahr 2000 56% der Befragten mit „ja“ und 30% mit „eher ja“. Der Vergleich mit den Studien von 1996 und 1998 zeigt, dass die ohnehin schon hohen Prozentzahlen noch zugelegt haben. In den neuen Bundesländern sind es mittlerweile sogar 93%, die zustimmend antworten.

Tabelle 33: Beachtung des Energieverbrauchs beim Kauf von Haushaltsgeräten

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
Ja	56	54	67
eher ja	30	31	26
eher nein	12	13	6
Nein	2	2	1

Frage: Achten Sie beim Kauf von Haushaltsgeräten auf einen niedrigen Energieverbrauch?

Anteil in % der Befragten, die entweder mit ja oder eher ja geantwortet haben	Erhebung 2000			Erhebung 1998			Erhebung 1996		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
Bei der Anschaffung neuer Haushaltsgeräte bin ich bereit, vorrangig auf einen niedrigen Energieverbrauch zu achten. (Zustimmung)	86	85	93	79	77	87	78	76	87

Die konkrete Kaufentscheidung ist nicht nur eine Angelegenheit der Umweltmoral, sondern hier spielen auch finanzielle Gesichtspunkte eine große Rolle. Es ist durchaus eine Bereitschaft vorhanden, für energieeffiziente Geräte mehr zu bezahlen, aber für zwei Drittel der Bevölkerung gilt, dass sich die Mehrkosten auch - zumindest längerfristig - rechnen müssen. Für etwa 20 % ist die Frage der Amortisation nicht so zentral, während 9% angeben, sie seien „eher nicht bereit“, für solche Geräte höhere

Preise zu zahlen. Die Frage stellt quasi eine Konkretisierung der im Abschnitt „Zahlungsbereitschaft“ (Kap. 4.4) festgestellten prinzipiell vorhandenen Zahlungsbereitschaft der Bevölkerungsmehrheit für umweltfreundliche Produkte dar. Die Zahlen sind in diesem konkreten Fall sogar eher noch günstiger pro Zahlungsbereitschaft, denn hier sind die Rahmenbedingungen für das persönliche Umweltverhalten genau kalkulierbar, so dass beim Einzelnen kaum der Verdacht entstehen kann, als Zahlungsbereiter sei er hier möglicherweise „der Dumme“. Entsprechend niedrig ist dann auch der Prozentsatz derjenigen, die bekunden, nicht zahlungsbereit zu sein.

Tabelle 34: Zahlungsbereitschaft für energiesparende Haushaltsgeräte

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
ja, unbedingt	21	22	20
ja, wenn sich die Mehrkosten auf lange Sicht rechnen	66	66	66
eher nicht	9	9	9
nein	4	3	5

Frage: Sind Sie bereit, für Haushaltsgeräte mit einem niedrigen Energieverbrauch höhere Preise zu zahlen?

5.4 Liberalisierung des Strommarktes

Höchst aktuell ist die Liberalisierung des Strommarktes. Wie reagieren die Verbraucher auf die neuen Wahlmöglichkeiten? Werden sie die sinkenden Preise zum Anlass nehmen, um nun alle Bemühungen zum Energiesparen fallen zu lassen oder werden Sie vielleicht - sofern keine Mehrkosten damit verbunden sind- sogar auf Ökostrom umsteigen? Da auf diesem Gebiet derzeit noch alles im Fluss ist, können wir hier nur eine Momentaufnahme von Januar/Februar 2000 präsentieren. Mittlerweile haben fast alle Befragten schon von der Liberalisierung des Strommarktes gehört, aber die meisten haben darauf noch nicht reagiert und sind bei ihrem bisherigen Stromlieferanten geblieben bzw. haben dort einen neuen Vertrag abgeschlossen. Die Beharrlichkeit, die hier zu Tage tritt, ist angesichts der finanziellen Vorteile, die ein Lieferantenwechsel möglicherweise bietet, sehr erstaunlich, wenngleich ähnliche Erfahrungen auch aus dem Telekommunikationsmarkt bekannt sind. Bislang sind es erst 2% der Bürger, die angeben, einen Vertrag mit einem neuen Lieferanten geschlossen zu haben. Es ist un schwer zu prognostizieren, dass sich diese Zahl in nächster Zeit erheblich erhöhen wird. Was den Umstieg auf Öko-Strom betrifft, so ist die Zahl derjenigen, die beabsichtigen Öko-Strom zu beziehen,

mit 6% erwartungsgemäß niedrig. Allerdings geben 47% an, dieses vielleicht tun zu wollen. Dies zeigt, dass hier prinzipiell ein beachtlicher Markt vorhanden ist.

Tabelle 35: Liberalisierung des Strommarktes

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
ja, habe schon davon gehört	95	94	97
nein, habe noch nicht davon gehört	5	6	3

Frage: Seit dem letzten Jahr können auch Privathaushalte ihren Stromlieferanten frei wählen. Haben Sie schon davon gehört?

Tabelle 36: Bezug von Öko-Strom

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
ich beziehe bereits Öko-Strom	2	2	1
ich beabsichtige, Öko-Strom zu beziehen	6	7	2
vielleicht werde ich zukünftig Öko-Strom beziehen	47	48	43
nein, ich werde keinen Öko-Strom beziehen	45	43	54

Frage: Die Stromlieferanten bieten an, dass man gegen einen Aufpreis Öko-Strom beziehen kann, d.h. Strom, der aus erneuerbaren Energien (Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft etc.) stammt. Beziehen Sie Öko-Strom oder beabsichtigen Sie, zukünftig Öko-Strom zu beziehen?

5.5 Umweltmentalitäten und Wertorientierungen

Selbst berichtetes Umweltverhalten ist zwar keine zuverlässige Informationsquelle, wenn es um exakte Zahlen über das persönliche Konsumverhalten geht, aber es ist als Indikator durchaus von Wert, wenn es um die Akzeptanz bestimmter umweltrelevanter Verhaltensweisen geht. Die Forschergruppe MPS (Poferl/Schilling/Brand 1997) hat in einem früheren Forschungsprojekt des Umweltbundesamtes mit dem Titel „Umweltbewusstsein und Alltagshandeln“ eine Typologie von „Umweltmentalitäten“ entwickelt und dabei folgende fünf Mentalitäten unterschieden:

Der Typus *Persönliches Entwicklungsprojekt* verkörpert die Leitidee „Bei sich selber anfangen und nicht auf andere warten“. Sinnfindung, individuelle Entfaltung, Naturnähe, weniger Hektik und die Vorstellung eines qualitativ besseren, umweltfreundlichen Lebens sind die zentralen Stichworte.

Der Typus *Bürgerpflicht* behandelt umweltgerechtes Handeln als Frage der zivilen Korrektheit. Man macht, was vorgegeben ist und was die anderen machen. Solange die Handlungen nicht allzu unbequem sind, ist man bereit mitzumachen - das ist eine Frage des Bürgersinns.

Der Typus *System-/Staatsorientierung* hält Verhaltensänderungen des Einzelnen angesichts des „Systems“ für mehr oder weniger sinnlos. Gelegentlich praktiziert man umweltgerechte Verhaltensweisen, doch fühlt man sich im Grunde für die Umwelt nicht zuständig und wehrt von außen kommende Anforderungen an das eigene Verhalten ab.

Der Typus *Indifferenz* nimmt die Umweltprobleme zwar wahr, verhält sich diesen gegenüber jedoch indifferent – ohne deshalb ein schlechtes Gewissen zu haben. Man will sich durch die Probleme der Umwelt die Laune nicht verderben lassen.

Der Typus *Weiter so* stellt ein entdramatisierendes Denkmuster dar. Von „grünen Spinnern“ hält man gar nichts und man glaubt, vieles sei „übertrieben dargestellt“.

Wir haben diese Mentalitätstypen in Form plakativer Formulierungen den Befragten vorgelegt und sie um die Angabe gebeten, welches Muster ihrer eigenen Einstellung am nächsten kommt. Danach haben wir gefragt, welches Muster ihrer Haltung am wenigsten entspricht. Nur sehr wenige Personen ordnen sich selbst den Haltungstypen „Indifferenz“ und „Weiter so“ zu. Die Haltung „Bei sich selber anfangen, nicht auf andere warten“ findet mit 49% den größten Anklang, aber mit 37% Anteil ist das Muster „Bürgerpflicht“ („Keine extremen Sachen, wenn, dann müssen alle mitmachen“) ebenfalls sehr weit verbreitet. Dagegen fällt der auf dem dritten Platz rangierende Haltungstyp „System-/Staatsorientierung“ schon deutlich ab: Doch immerhin sind es 10%, die sich mit dem Motto „Was bringt das schon, wenn oben nichts geschieht?“ identifizieren.

Frauen tendieren leicht häufiger zum Mentalitätstyp 1 (Bei sich selber anfangen, nicht auf andere warten). Deutlich häufiger gilt dies für Personen, die sich selbst als religiös bezeichnen: Sie plädieren häufiger für Eigenverantwortung und schieben die Verantwortung seltener auf den Staat bzw. das „System“. Ein Vergleich nach Altersgruppen zeigt, dass sich die jüngeren Befragten (18 bis 24 Jahre) signifikant seltener dem Mentalitätstyp 1 zuordnen. Deutlich häufiger als die Gesamtpopulation entscheiden sie sich für die Haltungen „Bürgerpflicht“, „System-/Staatsorientierung“ und „Indifferenz“.

Tabelle 37: Umweltmentalitäten

Angaben in %	Erhebung 2000	
	Haltung, die <i>am ehesten</i> meiner eigenen Haltung entspricht	Haltung, die <i>am wenigsten</i> meiner eigenen Haltung entspricht
Ich gestalte mein Leben möglichst umweltfreundlich, auch wenn es manchmal schwer fällt, aber ich will Vorbild sein. Mein Motto: Bei sich selber anfangen, nicht auf andere warten.	49	5
Man muss es nicht übertreiben, aber Umweltschutz ist eine Sache von Anständigkeit und Bürgerpflicht. Mein Motto: Keine extremen Sachen – wenn, dann müssen alle mitmachen.	37	3
Seien wir doch nüchtern: Der Einzelne kann doch eigentlich wenig machen. Was soll das, wenn ich hier Energie spare oder aufs Auto verzichte. Mein Motto: Was bringt das schon, wenn oben nichts geschieht?	10	12
Na ja, man weiß ja nicht so genau, von wegen Umweltkatastrophen und so, aber was soll's auch. Mein Motto: Das Leben genießen trotz alledem, keine Lust auf Pessimismus.	3	18
Also so schlimm ist ja nun alles doch nicht, ist doch alles stark übertrieben mit der Umweltverschmutzung. Wir haben doch die Technik, um alles in den Griff zu bekommen. Mein Motto: Wenn's uns gut geht, geht's auch der Umwelt gut.	1	62

Frage: Nun ist es ja so, dass man in bezug auf den Umweltschutz sehr verschiedene Meinungen hört. Auf diesen Karten haben wir fünf verschiedene Haltungen dargestellt. Bitte lesen Sie sich die Karten in Ruhe durch und geben mir dann zuerst die Karte mit der Haltung, die Ihrer eigenen Meinung am ehesten entspricht. Danach geben Sie mir bitte die Karte mit der Haltung, die Ihrer eigenen Meinung am wenigsten entspricht.

Nachdem in den letzten Jahren so viel über die Zunahme von Egoismus und Hedonismus, über den „neuen Hang zum Luxus“, geschrieben und geredet wurde, mag man über eine solch zahlreiche (Selbst)zuordnung zum Tugendhaften überrascht sein. Allerdings zeigen andere neuere Repräsentativstudien vergleichbare Resultate. Die oben erwähnte Studie „Dialoge 5 -Trends, Werte, Ziele“ bezieht in ihrer Typologie „Werte und Leitlinien“ das Segment der „Überzeugten Lebenserotiker“ auf nur 6% und das Segment der „Werte-Verweigerer“ auf 9%. Man könnte vermuten, dass sich diese Personen am ehesten den Mentalitätstypen „Indifferenz“, „Weiter so“ und „Bürgerpflicht“ zuordnen würden, die insgesamt 14% umfassen, d.h. etwa gleich viele Personen wie bei den genannten Wertetypen. Diese veränderte Stimmungslage ist nicht nur von der Meinungsforschung entdeckt und belegt worden. Sie wird inzwischen auch in der allgemeinen Kultur mit Aufmerksamkeit bedacht, so ist beispielsweise in diesem Zusammenhang die Rede von einem „Frühling der Rechtschaffenheit“, der über das Land gekommen sei: Noch nie habe es in der Republik so viele Tugendhafte gegeben wie jetzt (M. Walser in Die Zeit vom 30.3.2000, S.49).

Zu diesem „Chor der Rechtschaffenheit“ (Walser ebenda) passt auch das Klagelied über die Schlechtigkeit der anderen. Wenn man behauptet, die „anderen“ seien immer noch nicht umweltbewusst, kann man die Mehrheit hinter sich wissen. Kein Zweifel, hier existiert eine Diskrepanz: Sich selber attestiert man gern großes Bemühen um den Umweltschutz, mehr als zwei Drittel stufen sich selbst so ein, aber den anderen gesteht man dieses Bemühen nicht zu: 65% sind der Meinung, dass sich der größte Teil der Bevölkerung immer noch wenig umweltbewusst verhält.

6 Problembereich Verkehr/Mobilität

6.1 Verkehrsmittelnutzung

Der Bereich Verkehr/Mobilität gehört zu den zentralen Problemfeldern des Umweltschutzes, er hat einen großen Anteil an den Gesamtemissionen von Luftschadstoffen, ist für den Einzelnen die Hauptquelle für Belästigungen, rangiert unter den Problemen in der Kommune an vorderster Stelle und ist auch unter Gesichtspunkten des Klimaschutzes (CO₂-Emissionen) ganz oben anzusiedeln.

Mobilität ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Kultur und für den einzelnen Bürger ein Gut von hohem Wert. Im Bereich Verkehr/Mobilität sind in starkem Maße individuelle Leitbilder und Bedürfnisse im Spiel. In diesem Problemfeld ist es ganz offensichtlich, dass Veränderungen in Richtung auf eine Nachhaltige Entwicklung nicht nur eine Angelegenheit der Angebotsseite, sondern auch der Nachfrageseite sind. Das zeigt sich etwa daran, dass die großen Fortschritte bei der Sparsamkeit der Automotoren und der sinkende Flottenverbrauch durch die verstärkte Nachfrage nach stärker motorisierten und größeren, schwereren Fahrzeugen sowie durch die stetige Zunahme des Kraftfahrzeugbestands und der gefahrenen Kilometer kompensiert werden.

Dass die Mobilität und insbesondere die Freizeitmobilität weiter zunimmt, dass es einen Trend zum motorisierten Individualverkehr und zum Luftverkehr gibt, ist hinreichend bekannt und aus Studien der Verkehrsforschung auch im Hinblick auf die hierfür maßgeblichen Einflussfaktoren untersucht worden. In dieser Studie ging es uns primär um die Akzeptanz *verkehrspolitischer* Maßnahmen und um die antizipierten Verhaltensänderungen für den hypothetischen Fall steigender Benzinpreise.

54% der befragten Haushalte verfügen über ein Auto, 22% über zwei und 5% über drei und mehr Autos, d.h. in nur 19% der Haushalte ist kein Auto vorhanden. 36% der Befragten geben an, dass das Auto mit dem sie überwiegend fahren, verbrauchsreduziert ist, d.h. weniger als durchschnittlich 7 Liter pro 100 Kilometer verbraucht.

Fahrrad und Bahn können zwar in Bezug auf die Nutzungshäufigkeit nicht mit dem Auto konkurrieren, werden aber nach den Angaben der Befragten im Vergleich zur 1998er Studie häufiger genutzt. Das gilt insbesondere im Bereich der Freizeitmobilität: Gern fährt man aus Spaß mit dem Fahrrad durch die Gegend. Man benutzt das Rad zwar auch für den Einkauf, doch hat hier das Auto nach wie vor eine dominierende Stellung.

Die Bahn wird nur von 15% der Befragten „häufig“ oder „sehr häufig“ benutzt, während zwei Drittel sie „selten“ oder „nie“ nutzen. Der Zeitvergleich zeigt aber, dass im Vergleich zu 1998 der Anteil der häufigen Nutzer angestiegen ist, wobei in den alten Bundesländern die Zahl annähernd doppelt so hoch ist.

Tabelle 38: Häufigkeit der Bahn- und Fahrradnutzung

Angaben in %	Erhebung 2000				
	sehr häufig	häufig	manchmal	Selten	nie
Wie häufig haben Sie im letzten Jahr ...					
...das Fahrrad genutzt?	22	19	21	16	22
...die Deutsche Bahn genutzt?	6	9	18	30	37

Wenn es um größere Haushaltseinkäufe geht, bevorzugen die meisten nach wie vor das Auto: 71% fahren in der Regel mit dem Auto einkaufen, 21% erledigen die Einkäufe zu Fuß. In der weiteren Rangfolge folgen das Fahrrad und der ÖPNV (7%). Leichte Verschiebungen, die es seit 1998 zugunsten des Autos gibt, sind wohl vor allem darin begründet, dass die Zahl der Geschäfte in der unmittelbaren Nachbarschaft zurückgegangen ist. 1998 waren es noch 16%, deren übliches Geschäft für größere Haushaltseinkäufe nicht mehr als 500m entfernt von ihrem Wohnort entfernt lag, im Jahr 2000 sind es nur noch 11%.

Tabelle 39: Erledigung größerer Haushaltseinkäufe

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Ges.	West	Ost
(Mehrfachnennungen möglich)			
mit dem Auto	71	72	68
zu Fuß	21	20	27
mit dem Fahrrad	16	16	17
mit öffentlichen Verkehrsmitteln	7	7	7
mit dem Motorrad/Moped/Mofa	1	1	1

Frage: Wie erledigen Sie in der Regel größere Haushaltseinkäufe? (Mehrfachnennungen möglich)

Tabelle 40: Entfernung zum Geschäft, in dem man in der Regel einkauft

	Erhebung 2000			Erhebung 1998		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
bis unter 500 m	11	9	16	16	16	17
500 m bis unter 1 km	17	17	19	15	15	15
1 km bis unter 1,5 km	13	14	9	14	16	10
1,5 km bis unter 2 km	8	9	5	5	6	3
2 km bis unter 3 km	14	15	9	14	14	12
3 km bis unter 5 km	14	14	14	14	13	16
5 bis unter 8 km	11	11	12	9	9	8
8 km und mehr	12	11	16	13	11	19

Frage: Wie weit ist der einfache Weg von Ihrer Wohnung zu dem Geschäft, in dem Sie in der Regel Ihre größeren Haushaltseinkäufe erledigen? Können Sie mir eine Schätzung der Entfernung geben?

Weiter zugenommen hat im Berichtszeitraum die Freizeitmobilität, und zwar sowohl die umweltverträgliche wie auch die weniger umweltverträgliche. In der Freizeit aus Spaß mit dem Fahrrad fahren, das machen heute 30% „häufig“ oder „sehr häufig“. 1998 waren es erst 23%. Zwar sollte man solche Prozentdifferenzen immer mit gewisser Vorsicht interpretieren, doch weiß man auch aus der Touristikbranche (etwa von der ITB-Messe in Berlin), dass Fahrradreisen derzeit einen Boom erleben.

Tabelle 41: Fahrrad fahren zum Spaß

Angaben in %	Erhebung 2000			Erhebung 1998		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
sehr häufig	11	11	11	6	6	3
häufig	19	19	20	17	18	15
manchmal	24	24	25	26	27	23
selten	22	22	22	17	16	21
nie	24	24	22	34	33	38

Frage: Wie häufig kommt es vor, dass Sie in Ihrer Freizeit zum Spaß oder aus sportlichen Gründen irgendwo hinfahren und dabei das Fahrrad benutzen?

Generell fährt man immer häufiger in Urlaub, zunehmend gerne unternimmt man auch Kurzreisen. 17% der Befragten geben an, im Jahr 1999 drei und mehr Urlaubsreisen gemacht zu haben. Auffällig ist hier eine deutliche Ost-West-Differenz, nämlich 19% (West) versus 13% (Ost).

1998 hatten nur 20% der Befragten angegeben, mehr als eine Urlaubsreise im vorausgegangenen Jahr (1997) unternommen zu haben. Nun ist die Zahl der Mehrfachurlauber auf 39% gestiegen. Auch

die Häufigkeit von Flugreisen (nicht nur in Bezug auf den Urlaub) ist angestiegen. 32% geben an, 1999 mindestens eine Flugreise unternommen zu haben. Das bedeutet einen erheblichen Zuwachs gegenüber der Studie von 1998, als nur 21% (bezogen auf das Jahr 1997) von einer Flugreise berichteten.

Tabelle 42: Anzahl der Kurzreisen im letzten Jahr

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
vier und mehr Urlaubsreisen	7	8	4
drei Urlaubsreisen	10	11	9
zwei Urlaubsreisen	22	22	21
eine Urlaubsreise	34	34	31
keine Urlaubsreise	27	25	35

Frage: Wie viele Urlaubsreisen - Kurzreisen eingeschlossen - haben Sie im letzten Jahr, also 1999, gemacht?

Tabelle 43: Häufigkeit von Flugreisen

Angaben in %	Erhebung 2000			Erhebung 1998		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
ja, mehrmals	10	10	8	6	7	5
ja, einmal	22	23	17	15	15	15
nein, keinmal	68	67	75	79	78	80

Frage: Waren Sie im letzten Jahr, also 1999, einmal oder mehrmals mit dem Flugzeug unterwegs?

6.2 Akzeptanz verkehrspolitischer Maßnahmen

Das Automobil wird in Deutschland hoch geschätzt und die Verkehrspolitik gilt seit langem als äußerst sensibles Feld. Das zeigt sich sehr deutlich bei der Frage nach der Akzeptanz einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen. Nur Minderheiten sind für Geschwindigkeitslimits von Tempo 100 bis Tempo 120, die in anderen europäischen Ländern und den USA seit langem gelten und allgemein akzeptiert sind. Bemerkenswert ist, dass in dieser Frage trotz unterschiedlichem Ausstattungsgrad mit Kraftfahrzeugen weitgehende Einigkeit zwischen den Bürgern in Ost und West herrscht. Verkehrspolitiker, die sich für ein Tempolimit einsetzen, müssen mit Widerspruch rechnen: Selbst wer sich für Tempo 130 ausspricht, muss damit rechnen, noch 40% der Bevölkerung gegen sich zu haben.

Tabelle 44: Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
Ich bin für eine generelle Begrenzung auf Tempo 100 auf Autobahnen.	8	8	8
Ich bin für eine generelle Begrenzung auf Tempo 110 auf Autobahnen.	3	2	3
Ich bin für eine generelle Begrenzung auf Tempo 120 auf Autobahnen.	15	15	15
Ich bin für eine generelle Begrenzung auf Tempo 130 auf Autobahnen.	35	34	35
Ich bin gegen eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen.	39	41	39

Frage: In Deutschland gibt es keine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen. Wie ist Ihre Einstellung dazu?

Verkehrspolitische Maßnahmen, die auf das Zurückdrängen des Autoverkehrs zielen, wie etwa das Sperren der Innenstadt für den Autoverkehr, stoßen überwiegend auf Zustimmung, wenngleich auch hier nicht übersehen werden sollte, dass die Zahl der Gegner solcher Maßnahmen häufig nicht unbedeutend ist. Großen Anklang finden Bemühungen, den Fußgängern mehr Platz zum Flanieren zur Verfügung zu stellen. Fast 80% sprechen sich „dafür“ oder „eher dafür“ aus. Allerdings ist die Zahl der strikten Befürworter auf etwa ein Viertel zu beziffern, d.h. die größere Anzahl von Befürwortern tritt solchen Maßnahmen zwar mit einer positiven Grundhaltung gegenüber, macht die Zustimmung aber vom jeweiligen Einzelfall und seinen Umständen abhängig. Es kommt also in starkem Maße darauf an, wie jeweils eine konkrete Maßnahme kommuniziert wird. Verkehrsplaner, die dies ignorieren, werden feststellen, dass sich die eigentlich vorhandene positive Grundstimmung leicht ins Gegenteil verkehren kann.

Auch das Vorhaben, Straßen für den Fahrradverkehr zu reservieren, findet überwiegend Zustimmung, allerdings gibt es hier mit 34% auch die größte Anzahl von Gegnern.

Annähernd zwei Drittel der Befragten sind „sehr dafür“ oder „eher dafür“, die Innenstädte weitgehend für den Autoverkehr zu sperren. Der Zeitreihenvergleich zeigt, dass in dieser Frage die Akzeptanz seit Beginn der 90er Jahre rückläufig ist. 1991 waren noch 78% der Deutschen dafür, die Innenstädte weitgehend für den Verkehr zu sperren. Kontinuierlich sank seither die Zahl der Zustimmungenden auf zuletzt (1998) 53% ab. Nun steigt die Zahl der Befürworter erstmals wieder an, wobei nach wie vor die Quoten in den neuen Bundesländern höher sind.

Tabelle 45: Einstellungen zum Autoverkehr in Städten

Angaben in %	Erhebung 2000				
	bin sehr dafür	bin eher dafür	bin eher dagegen	bin sehr dagegen	weiß nicht
... den Fußgängern mehr Platz zum Flanieren zur Verfügung steht?	27	52	15	3	3
... Straßen für den Fahrradverkehr reserviert werden?	23	39	22	12	4
... die Innenstadt weitgehend für den Autoverkehr gesperrt wird?	26	39	23	10	2

Fragen: Wie ist Ihre Einstellung dazu, dass in größeren Städten...?

Tabelle 46: Einstellungen zur Sperrung der Innenstädte für den Autoverkehr (Zeitreihe)

Anteil in % der Befragten, die zustimmen		Jahr						
		91	92	93	94	96	98	00
Befragte	gesamt	78	76	72	71	61	53	65
	West	77	75	71	71	60	52	64
	Ost	84	79	76	70	66	61	68

Frage: Wie ist Ihre Einstellung dazu, dass in größeren Städten die Innenstadt weitgehend für den Autoverkehr gesperrt wird?

Der Ausbau des ÖPNV, der Ausbau des Radnetzes, die Verlegung des Güterverkehrs auf die Schiene, all diese verkehrspolitischen Maßnahmen können in der Bevölkerung mit überwältigender Zustimmung rechnen. Die Zeitreihe von 1991 bis 2000 zeigt für alle Maßnahmen eine leicht sinkende Zustimmungstendenz. Doch sind die Zahlenwerte immer noch beachtlich und liegen bei etwa 90%, nur bei der Frage nach dem Ausbau von Radwegen sind sie auf 82% abgesackt, was auch darin begründet sein kann, dass in den letzten zehn Jahren ein erheblicher Ausbau des Radwegenetzes stattgefunden hat. Das generell leichte Absinken der Zustimmungquoten mag auch daran liegen, dass diese Anfang der 90er Jahre 95% und mehr betragen, also eine für die pluralistische Gesellschaft beachtliche Höhe erreicht hatten. Heute ist es weit eher als zu Zeiten der Hochkonjunktur des Umweltthemas gestattet, als offener Befürworter des Autos aufzutreten.

Tabelle 47: Akzeptanz verkehrspolitischer Maßnahmen

Angaben in %	Erhebung 2000				
	bin sehr dafür	bin eher dafür	bin eher dagegen	bin sehr dagegen	weiß nicht
Der öffentliche Personennahverkehr sollte ausgebaut werden.	44	45	7	1	3
Das Radnetz sollte ausgebaut werden.	37	45	11	3	4
Der Güterverkehr sollte stärker von der Straße auf die Schiene verlagert werden.	66	26	4	2	2

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige verkehrspolitische Vorschläge zur Entlastung der Straßen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung zu diesen Vorschlägen.

Anteil in % der Befragten, die zustimmen	Jahr						
	91	92	93	94	96	98	00
Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs							
Befragte gesamt	95	94	94	92	92	91	89
Befragte West	94	94	94	92	92	91	89
Befragte Ost	98	96	93	95	91	90	89
Ausbau des Radnetzes							
Befragte gesamt	96	95	93	93	89	89	82
Befragte West	95	95	93	92	88	89	81
Befragte Ost	98	96	95	97	93	92	85
Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene							
Befragte gesamt	96	95	97	96	92	93	92
Befragte West	95	95	97	96	91	93	91
Befragte Ost	96	97	98	97	95	95	95

Anders als bei den allgemeinen verkehrspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung des Autoverkehrs, bei denen in der Bevölkerung weitgehende Einigkeit herrscht, bieten die Daten ein recht ambivalentes Bild, wenn es um den Autoverkehr in Wohngebieten geht. Relativ einig ist man sich noch, wenn es um die Einrichtung von weiteren verkehrsberuhigten Bereichen geht: Über 80% äußern sich hierzu positiv. **Kontrovers ist hingegen die Einführung von Tempo 30 Zonen.** Etwa jeder Vierte ist „sehr dafür“, dass in reinen Wohngebieten - mit Ausnahme der Hauptverkehrsstraßen - Tempo 30 gelten soll, aber 39% sind „eher“ oder „sehr dagegen“. Nun ist der Autoverkehr ein Feld, in dem der Einzelne sowohl Verursacher als auch Leidtragender ist. **Dieser Logik entspricht es, dass man vor der eigenen Wohnung am liebsten eine Tempo 30-Zone oder - noch besser - einen verkehrsberuhigten Bereich hätte, aber ansonsten will man „zügig fahren“ können.**

Tabelle 48: Einstellungen zum Autoverkehr in Wohngebieten

Angaben in %	Erhebung 2000				
	bin sehr dafür	bin eher dafür	bin eher dagegen	bin sehr dagegen	weiß nicht
... mehr verkehrsberuhigte Bereiche eingerichtet werden?	38	45	12	3	2
... innerorts mit Ausnahme der Hauptverkehrsstraßen Tempo 30 gelten soll?	27	32	24	15	2

Frage: Wie ist Ihre Einstellung dazu, dass in reinen Wohngebieten...?

6.3 Sommersmog, Transrapid, autofreier Tag

Als im Herbst/Winter 1999 der Fragebogen konzipiert wurde, war der Bau der Magnetschwebebahn Transrapid von Berlin nach Hamburg noch Gegenstand kontroverser Diskussion. So war es selbstverständlich, die Frage des Baus der Transrapid-Strecke in die Studie aufzunehmen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Befürworter mit 32% deutlich in der Minderheit waren. 47% waren gegen das Projekt und 21% wollten keinen Standpunkt einnehmen. Die Zahl der strikten Befürworter erreichte nur 10%, im Osten war sie mit 6% noch deutlich niedriger.

Tabelle 49: Einstellung zum Bau der Magnetschwebebahn Transrapid zwischen Hamburg und Berlin

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
bin sehr dafür	10	11	6
bin eher dafür	22	21	25
bin eher dagegen	25	24	26
bin sehr dagegen	22	22	24
weiß nicht	21	22	19

Frage: Der Bau der Magnetschwebebahn Transrapid zwischen Berlin und Hamburg ist derzeit stark umstritten. Wie stehen Sie zum Bau der Magnetschwebebahn?

Noch heute erinnern sich viele Bürgerinnen und Bürger nostalgisch an die autofreien Sonntage zu Zeiten der sogenannten Ölkrise zu Beginn der 70er Jahre. Einige französische und italienische Städte haben nun das Experiment gewagt, einmal jährlich einen - lokal begrenzten - autofreien Tag einzuführen. Wir wollten wissen, wie die deutsche Bevölkerung einem solchen Vorhaben gegenübersteht. Die Zustimmung ist erstaunlich hoch: 60% sind dafür, 31% sind „eher dagegen“ oder „sehr dagegen“. Es ist zu beachten, dass in der Frage nach *einem* jährlichen autofreien Tag gefragt wurde. Die nicht

unerhebliche Zahl von 31% Gegnern dürfte sich bei der Erhöhung der Anzahl autofreier Tage wohl vergrößern.

Tabelle 50: Einstellung zu einem autofreien Tag

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
bin sehr dafür	31	32	25
bin eher dafür	29	28	31
bin eher dagegen	20	20	20
bin sehr dagegen	11	11	13
weiß nicht	9	9	11

Frage: In anderen europäischen Ländern, z.B. in Frankreich und Italien, wurde in einigen Städten einmal jährlich ein autofreier Tag eingeführt. Wie stehen Sie zur Einführung eines autofreien Tages in Ihrer Stadt bzw. Gemeinde?

Seit Jahren ist Sommersmog ein Problem und es gibt eine Diskussion über die zu ergreifenden Maßnahmen. Auch in der Bevölkerung tendiert die Mehrheit zu harten Maßnahmen. Aufklärungskampagnen und das Setzen auf die Einsicht der Bürger werden zwar nicht gering geschätzt - immerhin 36% befürworten, dass die Regierung eine Aufklärungskampagne starten soll - doch präferiert die Bevölkerungsmehrheit eine befristete Tempobeschränkung auf Stadtstraßen und Autobahnen. Gibt es in Bezug auf diese Maßnahme noch weitgehenden Einklang zwischen Autofahrern und Nicht-Autofahrern, so gehen die Meinungen verständlicherweise auseinander, wenn es um ein befristetes Fahrverbot und nicht lediglich um ein Tempolimit geht. Mehr als 60% der Autobesitzer, die ihr Fahrzeug regelmäßig nutzen sind Gegner eines befristeten Fahrverbots, während diejenigen, die über kein Auto verfügen oder es nur gelegentlich nutzen, mehrheitlich dafür sind.

Tabelle 51: Maßnahmen gegen Sommersmog

Angaben in % (Mehrfachnennungen möglich)	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
Sie sollte bei Smogalarm eine befristete Beschränkung des Tempos auf Stadtstraßen und Autobahnen einführen.	51	51	52
Sie sollte für diese Zeit befristet ein Fahrverbot verhängen.	44	45	38
Sie sollte eine Aufklärungskampagne starten.	36	38	28
Sie sollte auf die Einsicht der Bürger und ihr freiwilliges Verhalten setzen.	22	22	24
Sie braucht nichts zu tun.	3	3	3

Frage: Im kommenden Sommer wird es vermutlich wieder das Problem geben, dass die gesundheitsschädigenden Werte des Ozons in der Luft ansteigen. Was sollte die Bundesregierung dagegen unternehmen?

6.4 Reaktion auf steigende Benzinpreise

Ressourcenschonung, Verteuerung der Energie und damit auch des Benzinpreises sind nach dem Regierungswechsel zu einem viel diskutierten Thema geworden. Wie wird die Bevölkerung in Zukunft auf steigende Benzinpreise reagieren, etwa wenn sich der Benzinpreis verdoppeln würde?

Tabelle 52: Verhalten bezüglich des Benzinpreises

Anteil in % der Befragten, die angeben, mindestens ein Auto in ihrem Haushalt zu haben	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
Ich würde mein Verhalten ändern	61	61	60
Ich würde mich nicht anders verhalten als jetzt	39	39	40

Frage: Angenommen, der Benzinpreis würde sich verdoppeln: Wie würden Sie voraussichtlich reagieren?

61% derjenigen, die mindestens ein Auto im Haushalt haben, bekunden, sie würden dann voraussichtlich ihr Verhalten ändern. In erster Linie würde man mehr zu Fuß gehen und mehr Fahrrad fahren, auf manche Wege auch ganz verzichten. Auf dem letzten Rangplatz der zur Wahl gestellten Alternativen steht der Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr. Dies würden nur 23% der Befragten „bestimmt machen“.

Tabelle 53: Zukünftige Änderungen des Mobilitätsverhaltens

Anteil in % der Befragten, die angeben, ihr Verhalten bei verdoppeltem Benzinpreis zu ändern	Erhebung 2000			
	werde ich bestimmt machen	werde ich eher machen	werde ich eher nicht machen	werde ich bestimmt nicht machen
mehr zu Fuß gehen /Fahrrad fahren	46	39	11	4
auf ÖPNV umsteigen	23	39	26	12
zum Einkaufen oder bei Ausflügen näher gelegene Ziele wählen	29	47	19	5
auf manche Wege ganz verzichten	32	40	22	6
ein sparsameres Auto kaufen	32	43	17	8

Frage: Ich lese Ihnen im folgenden einige mögliche Reaktionen vor und bitte Sie, mir zu sagen, in welchem Ausmaß Sie diese voraussichtlich tun werden.

Annähernd ein Drittel würden sich „bestimmt“ ein sparsameres Auto kaufen, weitere 43% würden dies in Erwägung ziehen. Im Kern würde man, so lassen sich die Antworten resümieren, am liebsten leicht modifiziert so weitermachen wie bisher. 39% bekunden, dass sie sich bei verdoppeltem Benzin-

preis nicht anders verhalten würden, als sie dies derzeit tun und auch diejenigen, die etwas verändern würden, bevorzugen die kleinen, nicht sonderlich schmerzlichen Schritte. Es lässt sich ein signifikanter Zusammenhang mit der Einkommenshöhe feststellen: Wer besonders gut verdient, sieht am wenigsten die Notwendigkeit zu Verhaltensänderungen.

Unschwer lässt sich jedenfalls prognostizieren, dass eine massenhafte Abkehr vom Auto und ein Umstieg auf den ÖPNV auch bei verdoppeltem Benzinpreis nicht stattfinden wird.

7 Problembereich Umwelt und Gesundheit

7.1 Gesundheitsbelastung durch Umweltprobleme

Dass die Qualität der Umwelt eine wichtige Einflussgröße für die menschliche Gesundheit darstellt, ist heute kaum mehr umstritten. Für den Einzelnen gilt Gesundheit als hohes Gut. Bei Umfragen nach den wichtigsten persönlichen Werten liegt „Gesundheit“ regelmäßig auf Platz 1 und aus Studien der Umweltbewusstseinsforschung ist bekannt, dass das Motiv, die eigene Gesundheit zu schützen, ein wichtiger Einflussfaktor bei umweltrelevanten Verhaltensweisen ist, etwa beim Kauf von wasserlöslichen Lacken, Bio-Lebensmitteln etc.

Gefragt, in welchem Ausmaß die eigene Gesundheit gegenwärtig durch Umweltprobleme belastet wird, antworten 23%, dass ihre Gesundheit derzeit „stark“ bzw. „sehr stark“ durch die schlechte Umweltqualität belastet werde. In Großstädten über 500 Tausend Einwohner ist die empfundene Belastung deutlich höher.

Es kommt gewiss auf den Blickwinkel an, wie solche Zahlen bewertet werden, immerhin ist es eine gesellschaftlich durchaus beachtliche Tatsache, wenn etwa jeder Vierte seine Gesundheit stark durch Umweltprobleme beeinträchtigt sieht.

Fühlt sich gegenwärtig ein Viertel der Bevölkerung stark belastet, während drei Viertel angeben, wenig oder gar nicht belastet zu sein, so dreht sich dieses Größenverhältnis um, wenn man den Zeithorizont in die Zukunft verschiebt. Auf die Frage „Wie stark werden Umweltprobleme die Gesundheit unserer Kinder und Enkelkinder belasten – sagen wir, in den nächsten 25 Jahren?“ antworten drei Viertel dass sie eine „starke“ oder „sehr starke“ Belastung der Gesundheit ihrer Kinder und Enkelkinder erwarten. Man rechnet also fast einhellig mit einer globalen Verschlechterung der Umweltqualität. Nur 2% rechnen „überhaupt nicht“ mit solchen Negativentwicklungen.

Hier kommt zum einen eine skeptische Haltung in Bezug auf die Zukunft der (globalen) Umwelt zum Ausdruck, die in Kapitel 9 noch näher beleuchtet wird. Zum anderen zeigt sich mit aller Deutlichkeit: **Umweltprobleme werden vom größeren Teil der Bevölkerung vor allem als dramatische Zukunftsprobleme, weniger als Gegenwartsprobleme, wahrgenommen.** Wir haben diese Denkfigur schon im Abschnitt über die Bedeutsamkeit des Umweltschutzes im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Problemfeldern skizziert. Für die Mehrheit der Bevölkerung, die ihrer Selbsteinschätzung nach heute nur wenig unter Umweltproblemen leidet, könnte man pointiert formulieren:

Heute geht es mit der Umwelt und den gesundheitlichen Folgen noch ganz leidlich, aber zukünftig wird es vermutlich weit schlimmer werden.

Tabelle 54: Belastung der Gesundheit durch Umweltprobleme

Angaben in %	Erhebung 2000			
	sehr stark	stark	wenig	überhaupt nicht
Wie stark, glauben Sie, belasten Umweltprobleme derzeit Ihre Gesundheit?	4	19	55	22
Wie stark werden Umweltprobleme die Gesundheit unserer Kinder und Enkelkinder belasten – sagen wir, in den nächsten 25 Jahren?	20	53	25	2

Fragen: Wie stark, glauben Sie, belasten Umweltprobleme derzeit Ihre Gesundheit?

Wie stark werden Umweltprobleme die Gesundheit unserer Kinder und Enkelkinder belasten – sagen wir, in den nächsten 25 Jahren?

7.2 Allergien

In dieser Studie zum Umweltbewusstsein wurde erstmals der Themenbereich „Umwelt und Gesundheit“ integriert, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Allergierkrankungen gelegt wurde.

Unstrittig ist, dass die Häufigkeit von Allergien zunimmt, es ist aber unter Fachleuten umstritten, wie hoch der Anteil *umweltbedingter* Allergien ist. Die Bevölkerung ist sich da in ihrem Urteil weit einiger: 89% glauben, dass allergische Erkrankungen umweltbedingt sind. Diese Zahl ist weitaus höher als die Quote derjenigen, die von einer erblichen Bedingtheit solcher Erkrankungen überzeugt sind.

Die Zahl der von Allergien Betroffenen ist erheblich: 17% der Befragten geben an, selbst betroffen zu sein, wobei ein erheblicher Ost-West-Unterschied feststellbar ist. Im Osten sind 11% der Befragten selbst betroffen, im Westen mit 19% erheblich mehr. Bei weiteren 13% sind Haushaltsmitglieder betroffen. **Für annähernd die Hälfte der Bevölkerung gehört die Konfrontation mit Allergierkrankungen zum Alltag.** Die Betroffenheit ist in Städten über 100 Tausend Einwohner höher als in kleinen Gemeinden oder Kleinstädten. Dies gilt insbesondere für den Osten.

Tabelle 55: Einstellung zu Ursachen von Allergien

Angaben in %	Erhebung 2000			
	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Allergische Erkrankungen sind erblich bedingt. Es ist Aufgabe der Medizin, diese Erkrankungen mit ihren Mitteln in den Griff zu bekommen.	13	35	39	13
Allergische Erkrankungen sind umweltbedingt. Umweltverschmutzung und zunehmende Verwendung von Zusatzstoffen in Nahrungsmitteln sind wesentliche Auslöser für allergische Erkrankungen	42	47	10	1

Frage: Ich lese Ihnen jetzt zwei Aussagen zu allergischen Erkrankungen vor. Bitte sagen Sie mir anhand dieser Liste, inwieweit Sie diesen Aussagen jeweils zustimmen!

Tabelle 56: Persönliche Erfahrung mit allergischen Erkrankungen

Angaben in % (Mehrfachnennungen möglich)	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
ja, ich bin selbst betroffen	17	19	11
ja, ein Mitglied meines Haushaltes ist betroffen	13	14	10
ja, in meinem engeren Freundeskreis gibt es Betroffene	16	18	12
ja, im weiteren Bekanntenkreis gibt es Betroffene	17	19	11
nein, ich kenne niemanden persönlich, der von allergischen Erkrankungen betroffen ist	51	48	63

Frage: Haben Sie in den letzten drei Jahren persönliche Erfahrungen mit allergischen Erkrankungen gemacht, d.h. sind Sie selbst oder jemand in Ihrem persönlichen Umfeld von solchen Erkrankungen betroffen, und wenn ja, um wen handelt es sich dabei?

Die Auswertung der persönlichen Betroffenheit (Tabelle 56) weist in der Summe mehr als 100% aus, da Mehrfachnennungen möglich waren, d.h. es ist beispielsweise ein Befragter und ebenfalls ein Mitglied seines Haushaltes bzw. eine Person aus dem Freundes- und Bekanntenkreis allergiekrank. Bei der Analyse der verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten ergibt sich folgendes Bild: 13,5% der Befragten sind selbst betroffen, bei weiteren 4% ist zusätzlich ein Mitglied des Haushaltes allergiekrank. Bei 9% der Befragten gibt es einen Allergiker im Haushalt, sie selbst sind aber nicht betroffen. Insgesamt sind also 27% selbst und/oder ein Haushaltsmitglied betroffen. Weitere 22% sind im Alltag mit Allergien konfrontiert, aber es sind Freunde oder Bekannte, die erkrankt sind und kein Mitglied des eigenen Haushaltes.

Tabelle 57: Allergische Symptome der betroffenen Personen

Anteil in % der Angaben der Befragten, die direkt oder indirekt betroffenen sind (Mehrfachnennungen möglich)	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
Haut (Ekzeme, trockene Haut, Juckreiz, etc.)	58	58	60
Atemwege (Bronchitis, Asthma; Heuschnupfen)	67	68	60
weiß nicht	3	3	3
andere Symptome	4	4	5
Die vier häufigsten Nennungen "anderer Symptome" (absolut):			
Augenbeschwerden	8		
Magen- und Darmstörungen	6		
Schleimhautreizungen	4		
Kreislaufversagen	4		

Frage: Mit welchen allergischen Symptomen sind Sie persönlich oder die betroffenen Personen konfrontiert?

Als allergische Symptome treten überwiegend solche der Atemwege und der Haut auf. Andere Symptome sind außerordentlich selten, sie liegen insgesamt nur bei 4%.

Etwa die Hälfte der direkt oder indirekt Betroffenen gibt an, dass allergische Reaktionen in Bezug auf bestimmte Stoffe auftreten. Neben Gräsern und Heupollen sind es vor allem Lebensmittel (unspezifisch) und Hausstaub, Obst, Nüsse sowie eine kaum übersehbare Vielzahl weiterer Stoffe, die hier genannt werden. Diese außerordentlich lange Liste umfasst solche bekannten Allergene wie Milchprodukte, Eier, Konservierungsstoffe und Katzenhaare aber auch eher Exotisches wie Latex, Leder oder Insektengift. **Hieran wird deutlich, wie schwierig das Terrain der allergischen Erkrankungen sowohl für den Arzt und die Betroffenen wie für die Umweltpolitik ist.** Für viele allergieauslösenden Stoffe sind die Fallzahlen so gering, dass das Erbringen von wissenschaftlichen bzw. diagnostischen Nachweisen außerordentlich schwierig sein dürfte.

Tabelle 58: Allergieauslösende Stoffe bei den betroffenen Personen

Anteil in % der Befragten, die direkt oder indirekt betroffenen sind	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
nein	19	17	30
weiß nicht	31	31	29
ja, und zwar gegen folgende Stoffe	50	52	41

Die sechs häufigsten Nennungen "allergieauslösender Faktoren" (absolut):

Gräser und Heupollen (146), Lebensmittel allgemein (88), Obst allgemein (56), Hausstaub (56), Nüsse (46), Milch und Milchprodukte (36)

Frage: Treten bei Ihnen oder diesen Personen allergische Reaktionen in Bezug auf bestimmte Stoffe auf, z.B. gegen bestimmte Nahrungsmittel oder Zusatzstoffe, und wenn ja, um welche allergische Reaktionen handelt es sich dabei?

Tabelle 59: Grad der Beeinträchtigung durch Allergien

Anteil in % der Befragten die zuvor angaben, sie selbst, oder ein Mitglied ihres Haushaltes sei von Allergien betroffen	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
sehr stark beeinträchtigt	5	5	5
stark beeinträchtigt	18	18	20
mittel beeinträchtigt	40	41	35
kaum beeinträchtigt	27	24	38
gar nicht beeinträchtigt	10	12	2

Frage: Wie sehr sind Sie in Ihrer Gesamtbefindlichkeit durch Ihre eigene bzw. die Allergie Ihrer Haushaltsmitglieder beeinträchtigt?

8 Das Konzept „Nachhaltige Entwicklung“ aus der Sicht der Bevölkerung

8.1 Bekanntheit des Konzepts Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda 21-Initiative

Das Konzept Nachhaltigkeit ist auch acht Jahre nach der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen, wo es als neues Leitbild der Umweltpolitik verabschiedet wurde, in der deutschen Bevölkerung noch wenig bekannt. Nach den Ergebnissen der Umweltbewusstseins-Studien von 1996 und 1998 hätte man für 2000 einen weiteren leichten Anstieg des Bekanntheitsgrades vermuten können, doch dies ist nicht der Fall. Im Gegenteil: Waren es 1998 noch 15%, die angaben, sie hätten schon vom Begriff der Nachhaltigen Entwicklung gehört, so sind es zu Beginn des Jahres 2000 nur noch 13%. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil derjenigen, denen der Begriff unbekannt ist, ebenfalls gesunken, während der Anteil der "Weiß nicht"-Antworten stark angestiegen ist. **Offenbar gibt es eine Unsicherheit der Bürger in Bezug auf den Begriff Nachhaltigkeit.** Angesichts der zwischenzeitlich geführten Diskussionen um die Schwierigkeiten der Kommunikation des Nachhaltigkeitskonzeptes ist dies eigentlich nicht verwunderlich. Auch hat die Diffusion des Begriffs „nachhaltig“ in alle Bereiche der Politik gewiss nicht dazu beigetragen, die Assoziationen des Begriffs mit den Inhalten einer neuen Umweltpolitik nach dem Leitbild eines „Sustainable Development“ zu festigen.

Tabelle 60: Bekanntheit des Leitbilds Nachhaltige Entwicklung

Angaben in %	Erhebung 2000			Erhebung 1998			Erhebung 1996		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
ja, schon davon gehört	13	14	10	15	15	11	11	12	7
nein, noch nichts davon gehört	63	62	68	72	72	76	76	75	79
weiß nicht	24	24	22	13	13	13	13	13	14

Frage: Als Leitbild für den Umweltschutz taucht gelegentlich der Begriff der nachhaltigen Entwicklung auf. Haben Sie von dem Begriff der Nachhaltigen Entwicklung schon gehört, oder haben Sie davon noch nichts gehört?

Die Antworten auf die offen gestellte Frage, welche Assoziationen man mit dem Nachhaltigkeitsbegriff verbindet, lassen erkennen, dass viele Befragte lediglich Synonyme benennen können und dass die Substanz des Begriffes noch viel weniger Personen bekannt ist, als es in der Zahl von 13% zum Ausdruck kommt.

Erstaunlich ist, dass Lokale Agenda-21-Initiativen, die an vielen Orten entstanden sind und sich die Umsetzung des Nachhaltigkeitsleitbildes auf lokaler Ebene vorgenommen haben, sogar noch einen höheren Bekanntheitsgrad aufweisen als das Konzept Nachhaltigkeit selbst. Danach gefragt, ob sie von einer solchen Initiative in ihrer Gemeinde gehört haben, antworten 15% der Befragten zustimmend.

Tabelle 61: Bekanntheit der Lokalen Agenda 21-Initiative

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
ja	15	17	7
nein	85	83	93

Frage: Haben Sie schon einmal davon gehört, dass es in Ihrer Stadt/ in Ihrer Gemeinde eine sogenannte Lokale Agenda 21-Initiative gibt?

8.2 Zustimmung zu den grundlegenden Prinzipien des Leitbilds Nachhaltige Entwicklung

Aus der weitgehenden Unbekanntheit des Begriffs Nachhaltige Entwicklung sollte man allerdings nicht ableiten, dass das Konzept Nachhaltigkeit eine mangelnde Attraktivität besitze und sich somit als nicht resonanzfähig erweise.

Fragt man direkt nach der Akzeptanz der grundlegenden Prinzipien des Nachhaltigkeitskonzepts, so offenbart sich eine sehr breite Zustimmung. Zum Kern des Konzeptes gehören die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und die Gerechtigkeit zwischen armen und reichen Ländern. Beide Prinzipien können mit einer hohen Zustimmungquote rechnen. Dem Statement „Es sollte Gerechtigkeit zwischen den Generationen bestehen, wir sollten die Umwelt nicht auf Kosten der nachkommenden Generation ausplündern“ stimmen 90% der Befragten zu, während sich nur 2% ablehnend äußern. Nicht ganz so hoch ist mit 77% die Zustimmungquote für einen „fairen Handel“ zwischen den armen und reichen Ländern der Erde, aber auch hier ist die Zahl der Gegner mit 4% sehr klein. Bei Personen mit religiöser Orientierung ist die Zustimmung zum Gerechtigkeitsprinzip deutlich höher. Auch finden wir Unterschiede nach Lebensphasen: Befragte mit Kindern, insbesondere mit Kleinkindern, zeigen eine stärkere Zustimmungstendenz.

Auch die grundlegende Regel des nachhaltigen Wirtschaftens, wie sie beispielsweise die Enquete-kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestags formuliert hat,

kann mit hoher Zustimmung rechnen. 83% stimmen dem Statement „Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können“ zu, nur 3% lehnen dies ab und 14% sind unentschieden.

Insgesamt könnte man das Verhältnis der Bürger zum umweltpolitischen Leitbild der Nachhaltigkeit folgendermaßen resümieren: **Das Prinzip Nachhaltige Entwicklung stößt auf breite Resonanz, der Begriff ist allerdings weitgehend unbekannt.** Offenkundig bestehen hier also noch erhebliche Kommunikationsdefizite, vor allem im Hinblick auf die Popularisierung des Leitbildes.

Tabelle 62: Einstellung zu den Prinzipien der Nachhaltigkeit

Angaben in %	Erhebung 2000				
	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	teils/teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Es sollte Gerechtigkeit zwischen den Generationen bestehen, wir sollten die Umwelt nicht auf Kosten der nachkommenden Generation ausplündern.	51	39	8	2	0
Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können.	43	40	14	2	1
Es sollte fairen Handel zwischen den reichen Ländern dieser Erde und den Entwicklungsländern geben.	39	38	19	3	1

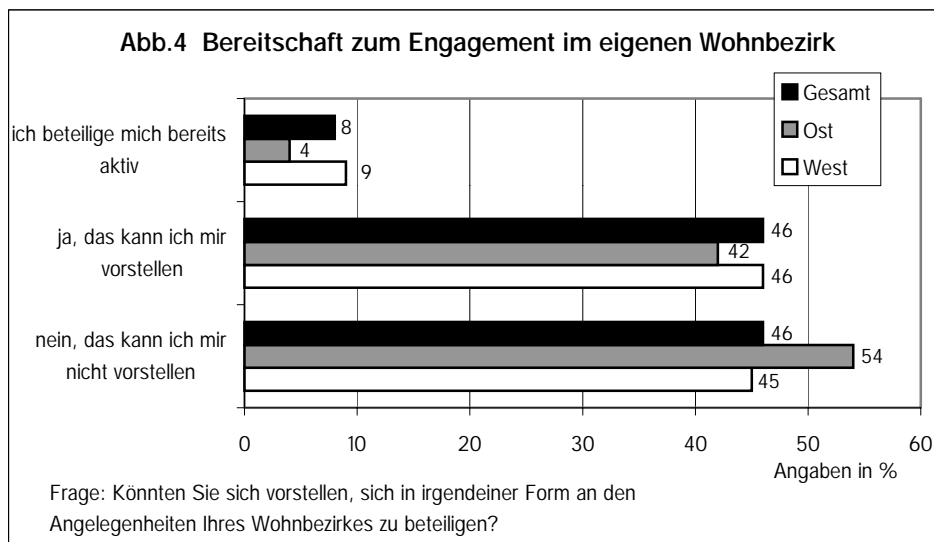
8.3 Einstellung zur Bürgerbeteiligung und Bereitschaft zum eigenen Engagement

Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung beinhaltet eine verstärkte Bürgerbeteiligung. Nach dem Konsensprinzip sollen Bürger, Verwaltungen, Nicht-Regierungsorganisationen, Unternehmen und Politik lokale Aktionsprogramme zur Agenda 21 erstellen. Interessant ist es nun, inwieweit die Bürger überhaupt zu einem solchen Engagement bereit wären.

Die Frage, ob man bereit sei, sich an den Angelegenheiten des eigenen Wohnbezirks zu beteiligen, spaltet die Population in nahezu zwei gleich große Teile: Jeweils 46% können sich ein eigenes Engagement vorstellen bzw. eben nicht vorstellen, weitere 8% geben zu Protokoll, dass sie bereits in der ein oder anderen Form in Angelegenheiten ihres Bezirks engagiert sind. Erhebliche Ost-West-Differenzen sind festzustellen: Mit 54% ist die Zahl derjenigen, die sich ein eigenes Engagement nicht vorstellen können, im Osten fast 10% höher. Hier vertrauen viele offenbar doch immer noch eher auf den Staat als auf das eigene Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Es ist gewiss eine Frage der Perspektive, ob man es nun positiv bewertet, dass circa die Hälfte der Bevölkerung sich zur Beteiligung bereit zeigt, oder ob man die negative Seite betonen soll, dass näm-

lich fast 50% der Bürger sich nicht einmal für die Belange des eigenen Wohnbezirkes engagieren wollen. Nun ist auch weniger die Frage einer positiven oder negativen Bewertung zentral, als die Frage wie man diejenigen, die Bereitschaft bekunden, dazu motivieren kann, sich auch tatsächlich zu engagieren.



In welchen Bereichen können die Bürger sich ein Engagement vorstellen? An vorderster Stelle werden Umweltschutz, Gesundheit und Soziales sowie die Verbesserung des Wohnumfeldes genannt. Gewisse Unterschiede zwischen Ost und West sind festzustellen: **Im Osten ist man vorrangig an Wohnumfeldverbesserungen interessiert und vergleichsweise weniger an den Themenbereichen Gesundheit und Dritte Welt.**

Tabelle 63: Bevorzugte Bereiche für ein eigenes Engagement

Angaben in % (Mehrfachnennungen möglich)	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
Umweltschutz	21	22	16
Gesundheit/Soziales	20	21	15
Wohnumfeldverbesserung	16	15	19
Verkehr	11	12	8
Gewalt/Kriminalität	10	10	9
Dritte Welt	6	7	2
sonstiger Themenbereich	5	6	3

Die sechs häufigsten Nennungen "sonstiger Themenbereiche" (absolut):

Politik (20), Tierschutz (17), Kinder, Jugendliche (14), Kultur (7), Religion (5), Sport (5)

Frage: Gibt es einen Themenbereich, für den Sie sich besonders engagieren würden oder auch schon engagieren?

9 Risikowahrnehmung und Zukunftsszenarien

9.1 Gefahren: Gentechnologie, Atom

Aus der Risikoforschung weiß man, dass es weniger die objektiv großen, weitgehend in der Eigenverantwortung des Einzelnen liegenden Risiken - wie Zigaretten rauchen, Alkohol, fettes Essen und Übergewicht - sind, die subjektiv für besonders gefährliche Gesundheitsrisiken gehalten werden. Als besonders gefährlich gelten solche Risiken, die dem eigenen Zugriff und der eigenen Entscheidungskompetenz entzogen sind, wie beispielsweise Asbest, Giftmüll oder Atomkraftwerke.

Tabelle 64: Empfundene Gefährdungen der Familie durch Umweltprobleme

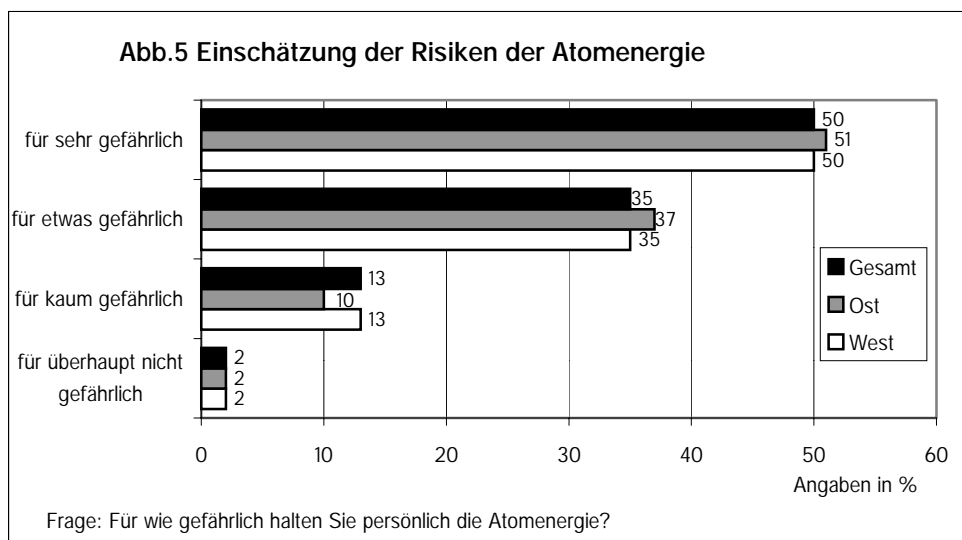
Angaben in %	Erhebung 2000				
	Äußerst gefährlich für mich und meine Familie	sehr gefährlich für mich und meine Familie	etwas gefährlich für mich und meine Familie	kaum gefährlich für mich und meine Familie	überhaupt nicht gefährlich für mich und meine Familie
Wie gefährlich ist eine durch den „Treibhauseffekt“ verursachte weltweite Klimaveränderung Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	24	35	28	11	2
Wie gefährlich ist das Verschmutzen der Bäche, Flüsse und Seen in Deutschland Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	11	25	34	24	6
Wie gefährlich ist die durch Autos verursachte Luftverschmutzung Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	7	22	41	25	5
Wie gefährlich ist die durch die Industrie verursachte Luftverschmutzung Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	9	22	32	26	11

Frage: Wenn Sie jetzt an Ihre Familie denken: [...?]

Umweltprobleme werden von der Mehrheit der Bevölkerung nicht nur als gefährlich für die Natur und für die Ökosysteme erachtet, sondern auch als persönliche Gefährdung empfunden. Aus international vergleichenden Untersuchungen ist bekannt (Kuckartz 1998), dass die Deutschen in dieser Hinsicht vergleichsweise ängstlicher und risikobewusster sind als die Bevölkerung der europäischen Nachbarländer und der meisten anderen Industrieländer. Den Daten der Tabelle 64 ist zu entnehmen, dass die Verschmutzung der Gewässer und die durch Autos und Industrie verursachte Luftverschmutzung jeweils von mehr als 30% für „sehr gefährlich“ oder „äußerst gefährlich“ gehalten werden, zwischen 32% und 41% gehen davon aus, dass diese Probleme „etwas gefährlich“ für sie und ihre Familien

seien. Als am stärksten gefährlich wird die weltweite Klimaveränderung wahrgenommen. Dies erscheint zunächst verwunderlich, denn verschmutzte Gewässer oder verschmutzte Luft sind ja Phänomene, die - so sie denn so schädlich wirken, wie die Bürger vermuten - sich heute schon auf die Gesundheit der Befragten auswirken, während die Klimaerwärmung zumindest derzeit nicht mit Gefährdungen in Deutschland einhergeht. **Es scheint, als würde hier das oben beschriebene Phänomen der Risikowahrnehmung zum Tragen kommen, nämlich dass der wahrgenommene Gefährdungsgrad mit dem Grad der Eigenverantwortlichkeit sinkt.** Durch Autoabgase verschmutzte Luft in diesem Land, dies liegt noch weit eher im Zugriff des Einzelnen, der Kommunal- und Landespolitik als die weltweite Klimaveränderung - auch dann, wenn man diese als durch menschliche Aktivität verursacht wahrnimmt.

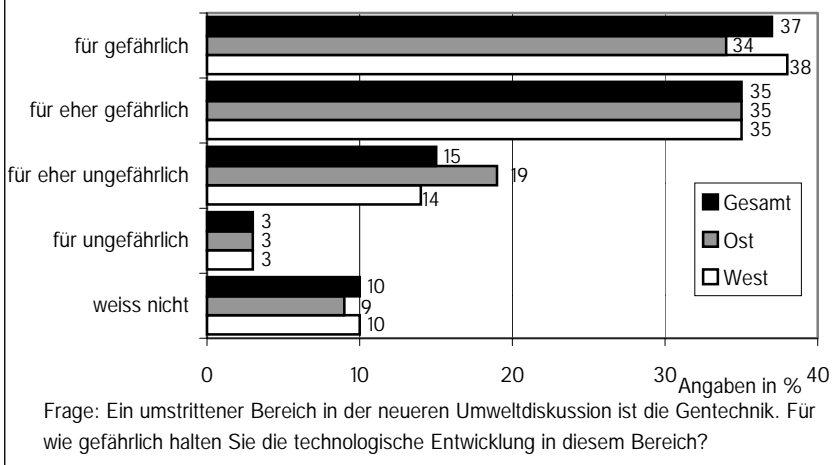
Die Risikowahrnehmung der Bevölkerung bleibt nicht ohne Einfluss auf die Politik, insbesondere auf die Umweltpolitik. Dies gilt prototypisch für die Nutzung der Atomenergie und die Gen- und Biotechnologie. Nur einer kleinen Minderheit gilt die Atomenergie als „ungefährlich“, exakt die Hälfte der Befragten hält sie sogar für „sehr gefährlich“, 35% für „etwas gefährlich“. Vergleichsdaten aus den Studien von 1998 und 1996 liegen hierzu nicht vor, da keine entsprechenden Fragen gestellt wurden.



Angesichts dieser Risikowahrnehmung überrascht es nicht, wenn drei Viertel auch eher für einen schnellen Ausstieg plädieren. Die Zahl der entschiedenen Gegner eines Atomausstiegs ist klein geworden, es sind nur mehr 7% und in den neuen Bundesländern sogar nur 5%.

Auch in Bezug auf die Gentechnik herrscht die Einschätzung vor, diese sei eher gefährlich. Die Zahlen sind zwar kleiner als im Falle der Atomenergie, doch teilen auch hier nahezu drei Viertel der Bevölkerung die Bewertung als „eher gefährlich“, während nur 3% die Gentechnik für „ungefährlich“ halten.

Abb.6 Einschätzung der Risiken der Gentechnik



Der Einschätzung der Gentechnik als „eher gefährlich“ entspricht es, dass die Bereitschaft zum Kauf von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln relativ gering ist. Nur 6% erklären sich derzeit bereit, solche Lebensmittel zu kaufen, für weitere 19% kommt dies „eventuell“ in Frage, der Rest äußert sich ablehnend. Nicht zu übersehen sind die Ost-West-Unterschiede: Im Osten ist die Zahl der entschiedenen Gegner deutlich kleiner, 26% würden eventuell gentechnisch hergestellte Lebensmittel kaufen, weitaus mehr als im Westen, wo nur 17% sich hierzu bereit erklären.

Tabelle 65: Bereitschaft zum Kauf von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
ja	6	6	7
eventuell	19	17	26
eher nicht	32	32	33
überhaupt nicht	43	45	34





Frage: In jüngster Zeit wird viel über gentechnisch behandelte und gentechnisch hergestellte Lebensmittel und Lebensmittelzusätze diskutiert. Würden Sie solche Lebensmittel kaufen?

9.2 Naturvorstellungen

Angesichts der auch unter Experten sehr kontroversen Diskussion über die Gentechnologie und ihre Auswirkungen und in Anbetracht der Komplexität des Gegenstands, lässt sich vermuten, dass die Einstellung pro oder kontra Gentechnologie, die damit verbundenen Ängste und Emotionen sowie die Handlungsintentionen und Kaufentscheidungen, nicht allein vom Wissen gesteuert werden. Es ist

nicht ein umfangreiches Wissen über die Technologie und ihre Gefährlichkeit sowie eine rationale Abwägung der Chancen und Risiken, was hier die Urteilsfindung des Einzelnen bestimmt. Eher lässt sich vermuten, dass es fundamentale, längerfristige Orientierungen sind, die hier wirksam werden. Mit Ludwig Fleck könnte man von *Denkstilen* sprechen, langlebigen, zumeist nicht reflektierten Grundstimmungen, die sich über einen längeren historischen Prozess in einer Kultur herausbilden. Solche Denkstile beeinflussen bereits die Wahrnehmung, d.h. die Selektion dessen, was man aufnimmt, ebenso wie dessen Verarbeitung.

In der amerikanischen „Cultural Theory“ haben Thompson/Ellis/Wildavsky (1990) ein Konzept entwickelt, das erklären soll, aus welchen Denkstilen heraus Menschen die Natur wahrnehmen und interpretieren. Dort wird zwischen vier verschiedenen Denkstilen unterschieden: Die „strapazierfähige Natur“, die „empfindliche Natur“, die „in Grenzen tolerante Natur“ und die „unberechenbare Natur“. Diese Denkstile lassen sich stichwortartig folgendermaßen beschreiben und symbolisieren:

1		<p>Die „strapazierfähige Natur“</p> <p>Im Grunde ist die Natur so eingerichtet, dass sie immer wieder ins Lot kommt. Gleichgültig was man macht, der Ball kehrt immer wieder in die Ausgangslage zurück.</p>
2		<p>Die „empfindliche Natur“</p> <p>Die Natur ist sehr empfindlich gegenüber jeder Art von Eingriff. Schon kleine Eingriffe können dazu führen, dass der Ball außer Kontrolle gerät.</p>
3		<p>Die „in Grenzen tolerante Natur“</p> <p>In gewissem Maße können Eingriffe in die Natur erfolgen. Erst wenn ein gewisser Punkt überschritten wird, gerät der Ball außer Kontrolle.</p>
4		<p>Die „unberechenbare Natur“</p> <p>Wenn man Eingriffe in die Natur vornimmt, weiß man nicht, ob das gute oder schlechte Folgen haben wird. Es ist nicht vorhersehbar, wie sich der Ball bewegen wird.</p>

Den Befragten wurden die symbolischen Darstellungen der Naturvorstellungen vorgelegt und erläutert. Anschließend haben wir gefragt, welches der Naturbilder am ehesten ihrer eigenen Vorstellung entspricht. Tabelle 66 zeigt, dass in der deutschen Bevölkerung eindeutig das Leitbild der „in Grenzen

toleranten Natur“ die meisten Anhänger besitzt. Jeder Zweite teilt diese fundamentale Vorstellung von Natur. Die übrigen 47% der Befragten verteilen sich fast zu gleichen Teilen auf die Vorstellung der „empfindlichen Natur“ und der „unberechenbaren Natur“. Nur 4% orientieren sich am Leitbild der „strapazierfähigen, gutmütigen Natur“.

Tabelle 66: Naturvorstellungen

Angaben in %		Erhebung 2000		
		Gesamt	West	Ost
Die Natur ist strapazierfähig	Im Grunde ist die Natur so eingerichtet, dass sie immer wieder ins Lot kommt. Gleichgültig was man macht, der Ball kehrt immer wieder in die Ausgangslage zurück.	4	4	4
Die Natur ist empfindlich	Die Natur ist sehr empfindlich gegenüber jeder Art von Eingriff. Schon kleine Eingriffe können dazu führen, dass der Ball außer Kontrolle gerät.	23	23	23
Die Natur ist in Grenzen tolerant	In gewissem Maße können Eingriffe in die Natur erfolgen. Erst wenn ein gewisser Punkt überschritten wird, gerät der Ball außer Kontrolle.	53	52	54
Die Natur ist in ihrem Verhalten nicht kalkulierbar	Wenn man Eingriffe in die Natur vornimmt, weiß man nicht, ob das gute oder schlechte Folgen haben wird. Es ist nicht vorhersehbar, wie sich der Ball bewegen wird.	20	21	19

Frage: Ich zeige Ihnen jetzt eine Liste mit vier Bildern, die verschiedene Vorstellungen von der Natur ausdrücken. Die Natur ist dabei immer als Ball dargestellt. Bitte zeigen Sie mir von den vier Bildern das Bild, das Ihrer Vorstellung von der Natur am ehesten entspricht. Bitte lesen Sie sich auch die kurzen Erläuterungen neben den Bildern dazu durch.

Es ist nun zu vermuten, dass diese Denkstile in Bezug auf das Verhalten der Natur immer dann wirksam werden, wenn es um risikorelevante Einstellungen geht, wie beispielsweise um die Gefährlichkeit von Atomkraftwerken und Gentechnologie oder um einzelne konkrete Verhaltensweisen wie den Konsum von gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Diese Hypothese konnte umfassend bestätigt werden: Die basalen Naturvorstellungen haben einen hoch signifikanten Einfluss auf zahlreiche Einstellungen, so etwa auf die Einschätzung der Gefährlichkeit von Atom- und Gentechnologie, auf die Befürwortung eines schnellen Atomausstiegs sowie auf die Bewertung der Risiken von Luftverschmutzung, Gewässerverschmutzung und Klimaveränderung. Stets wirken die Zusammenhänge in der gleichen Richtung: Befragte, die dem Bild „empfindliche Natur“ folgen, schätzen die genannten

Risiken immer am größten ein, gefolgt von den Bildern „die unberechenbare Natur“ und „die in Grenzen tolerante Natur“. Wer dem Bild „strapazierfähige Natur“ folgt, dies sind nur wenige Befragte in der Studie, hält die Risiken für signifikant kleiner.

9.3 Szenarien möglicher Zukünfte

Dass die Deutschen in ganz besonderem Maße von Umweltängsten geplagt werden, ist bereits in mehreren international vergleichenden Studien aufgefallen. Die hohe Sensibilität für Umweltrisiken zeigt sich auch bei den Antworten auf Fragen nach Szenarien, die man auf mittlere Sicht für wahrscheinlich hält. Es sind vor allem die globalen Gefährdungen wie die Erwärmung des Klimas und die globale Umweltverschmutzung, von denen man vermutet, dass sie wahrscheinlich eintreffen werden.

Die Erwartung zukünftiger Katastrophen geschieht allerdings bei den meisten Bürgern nicht auf dem Hintergrund eines bereits aktuell zu verspürenden Leidensdrucks. Die im Ausland verbreitete Vorstellung, Deutschland sei ein Land, in dem sich die Menschen nicht so recht wohl fühlen, entspricht nicht dem Selbstbild der deutschen Bevölkerung. Mehr als 80% fühlen sich „ziemlich wohl“ oder sogar „ausgesprochen wohl“ in unserem Land.

Tabelle 67: Wie wohl fühlt man sich in Deutschland

Angaben in %	Erhebung 2000		
	Gesamt	West	Ost
ausgesprochen wohl	21	22	14
ziemlich wohl	62	62	62
nicht so wohl	13	12	18
ausgesprochen unwohl	2	2	4
weiß nicht so recht	2	2	2

Frage: Wenn Sie einmal an das Leben bei uns in der Bundesrepublik denken: Wie wohl fühlen Sie sich hier in Deutschland?

Lässt es sich derzeit ganz gut und friedlich leben, so erwartet man vor allem im Hinblick auf Umweltprobleme zukünftig wenig Gutes. Mehr als 90% rechnen mit einer Erwärmung des Klimas und 86% damit, dass die globale Umweltverschmutzung zunimmt. Nur eine 1% Minderheit äußert dezidiert, dies werde nicht eintreffen. Auch andere Horrorszenarien werden von einer Bevölkerungsmehrheit für

wahrscheinlich gehalten: Gutes Trinkwasser wird knapp und es wird kriegerische Auseinandersetzungen um Rohstoffe und Wasserreserven geben.

Auf dem Hintergrund des derzeit von den meisten bekundeten Wohlbefindens erinnern diese Erwartungen ein wenig an den Titel eines Öko-Bestsellers der 70er Jahre "Friedlich in die Katastrophe" (H. Stroh). Auch direkt nach der möglichen Katastrophe gefragt („Wenn wir so weitermachen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu“), sind nur 11,9% der Meinung, dass wir nicht auf eine solche zusteuern.

Tabelle 68: Erwartetes Eintreffen von Zukunftsszenarien

Angaben in %	Erhebung 2000			
	wird bestimmt eintreffen	wird wahrscheinlich eintreffen	wird eher nicht eintreffen	wird nicht eintreffen
Es wird eine spürbare Erwärmung des Klimas eintreten.	41	50	8	1
Die globale Umweltverschmutzung wird zunehmen.	37	49	13	1
Flugreisen zu fernen Reisezielen werden immer mehr zunehmen.	32	50	16	2
Gutes Trinkwasser wird knapp und sehr teuer werden.	27	46	24	3
Öl und Benzin werden so knapp, dass die Autos mit anderen Antriebsformen fahren werden.	22	49	25	4
Das 3-Liter-Auto, das maximal 3 Liter Kraftstoff auf 100km verbraucht, wird zum Regelfall.	24	41	30	5
Es kommt zu einem Ausstieg aus der Kernenergie.	20	47	28	5
Die Landwirtschaft wird sich immer mehr auf biologischen Anbau umstellen.	17	51	29	3
Es wird kriegerische Auseinandersetzungen um Rohstoffe und Wasserreserven geben.	16	40	34	10

Frage: Am Anfang eines neuen Jahrtausends kann man ja einen Blick in die Zukunft wagen. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass die folgenden Ereignisse im Zeitraum der nächsten 20 bis 50 Jahre eintreffen?

Die Zukunftserwartungen sind allerdings durchaus ambivalent, denn man rechnet auch mehrheitlich mit Verbesserungen im Umweltschutz. Man rechnet etwa damit, dass die Landwirtschaft auf biologi-

schen Anbau umstellt oder dass ein Benzinverbrauch von 3 Litern auf 100km beim Auto zum Regelfall wird.

Für ebenfalls wahrscheinlich hält man den Ausstieg aus der Kernenergie – 67% sind der Meinung, dass dieser in den nächsten Jahren vollzogen wird.

9.4 Zukunft der Umweltbewusstseins

Eingangs haben wir die Frage gestellt, ob das Thema Umwelt überhaupt noch aktuell ist, oder ob damit zu rechnen ist, dass das Umweltthema, das schon in den 90er Jahren im Abschwung begriffen war, zukünftig in Vergessenheit zu geraten droht. Die Ergebnisse der Studie lassen dies als eher unwahrscheinlich erscheinen. **Das Thema Umweltschutz ist aus dem Tief der zweiten Hälfte der 90er Jahre herausgekommen, es spielt heute in der öffentlichen Diskussion wieder eine zunehmend wichtige Rolle.**

Das Umweltbewusstsein ist in den letzten beiden Jahren nicht rückläufig und es ist auch zukünftig nicht zu erwarten, dass es über ganz normale Konjunkturschwankungen hinaus zu starken Einbrüchen kommt, **denn das Umweltbewusstsein hat zwei stetig sprudelnde Quellen: die Sorge um die eigene Gesundheit und ein zunehmendes Bewusstsein von Globalität und globaler Gefährdung.** Und, das ist nicht unwesentlich: Breite Teile der Bevölkerung denken beide Aspekte zusammen. In hohem Maße korrelieren die skeptischen Sichtweisen in Bezug auf die vermuteten zukünftigen Veränderungen der globalen Umwelt mit Erwartungen der Beeinträchtigung der eigenen Gesundheit. Dass Veränderungen der Umwelt nicht ohne Auswirkungen auf die nun im globalen Dorf zusammengedrängte Menschheit bleiben können, ist mittlerweile vielen Bürgerinnen und Bürgern bewusst. In den Anfängen der Umweltbewegung, zu Zeiten des „Waldsterbens“, kursierte der Satz "Erst stirbt der Baum, dann stirbt der Mensch" - es scheint so, als sei die Logik dieses Satzes nun Gemeingut geworden.

Ein durchaus kritischer Punkt des gegenwärtigen Umweltbewusstseins ist darin zu sehen, dass für die Mehrheit der Bevölkerung Umweltprobleme vor allem als Zukunftsprobleme, weniger als Gegenwartsprobleme gelten. Dies ist besonders augenfällig bei der Frage inwieweit die eigene Gesundheit durch Umweltprobleme tangiert wird. Heute ist es erst eine Minderheit, wenngleich eine durchaus beachtliche von fast einem Viertel der Bevölkerung, die negative Effekte von Umweltproblemen im wörtlichen Sinne am eigenen Leib wahrnimmt. Die große Mehrheit ist sich aber

einig, dass es *zukünftig* eine weitaus stärkere Betroffenheit der Gesundheit durch Umweltprobleme geben wird. **Dieser Denkstil, die Umweltprobleme in die Zukunft zu verschieben, lässt es natürlich nicht als dringlich erscheinen, sich *jetzt* zu engagieren und *jetzt* das eigene umweltrelevante Verhalten zu verändern.**

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass Fragen des Umweltbewusstseins häufig mit den Lebensphasen, in denen sich Befragte befinden, korrelieren. Auch finden wir häufig Unterschiede nach Geschlecht und dort, wo es um Zahlungsbereitschaft geht, ist auch das persönliche Einkommen eine Einflussgröße. Dies sind keine überraschende Befunde. **Auffällig ist jedoch, dass Fragen des Umweltbewusstseins häufig mit längerfristigen Orientierungen korrelieren, z. B. mit religiöser Orientierung und den grundlegenden Vorstellungen von Natur.**

Ein ermutigendes Ergebnis dieser Repräsentativbefragung ist, dass die Inhalte des Konzepts Nachhaltigkeit von einer sehr großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt werden. Eine konsequent betriebene Umweltpolitik, die sich der Zusammenhänge von ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten bewusst ist, darf also auf eine breit verankerte positive Grundstimmung rechnen.

Repräsentative Studien dieser Art suggerieren häufig den Eindruck einer Homogenität von Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung, welche tatsächlich aber nicht gegeben ist. Das kommt dann in verallgemeinernden Formulierungen zum Ausdruck wie "Die Deutschen sind sehr umweltbewusst" oder "Frauen sind in Umweltfragen sensibler als Männer" oder "Die deutsche Jugend ist heute optimistischer als vor einigen Jahren". Solche Aussagen täuschen aber darüber hinweg, dass jeweils ein nicht geringer Prozentsatz existiert, für den gerade das Gegenteil gilt. Die in unserer zunehmend differenzierten Kultur anzutreffende Pluralität wird durch solche Verallgemeinerungen häufig nicht ausreichend beschrieben. Heute ist häufig eher eine differenzierende Perspektive angebracht. Naturgemäß ist ein solcher Bericht der Hauptergebnisse wie der hier vorliegende eher auf Verallgemeinerungen orientiert. An einigen Stellen dieses Berichtes haben wir bereits versucht, den Blick auf *Unterschiedlichkeiten* zu lenken, etwa auf verschiedene Lebensphasen, in denen sich Befragte befinden, auf Altersunterschiede und Differenzen zwischen den Geschlechtern. Erst eine detailliertere und differenziertere sozialwissenschaftliche Analyse wird hier über weitergehende Fragen Aufschluss geben können.

Zitierte Literatur

Dialoge 5 Trends, Werte, Ziele. Stern Bibliothek, Juni 1999.

Haan, G. de/Kuckartz, U. (1996): Umweltbewußtsein – Denken und Handeln in Umweltkrisen, Opladen.

Kuckartz, U. (1997): Grünes Trikot für Deutschland? Das Umweltbewußtsein der Deutschen im internationalen Vergleich. Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 20.Jg., Heft 4: 433-462

Poferl, A./Schilling, K./Brand, K.-W. (1997): Umweltbewusstsein und Alltagshandeln. Eine empirische Untersuchung sozialkultureller Orientierungen, Opladen.

Preisendörfer, P. (1999): Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland, Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen „Umweltbewusstsein in Deutschland 1991-1998“, Opladen: Leske+Budrich

Thompson, M./Ellis, R./Wildavsky, A. (1990): Cultural Theory, Colorado/Oxford.

Umweltbewußtsein in Deutschland 1996. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 1996. Hrsg. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn

Umweltbewußtsein in Deutschland 1998. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 1998. Hrsg. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn

Umweltbewußtsein und Umweltverhalten. Sozialwissenschaftlicher Ergebnisbericht zur Umfrage Umweltbewußtsein in Deutschland 1996. Von P. Preisendörfer/F.Wächter-Scholz, Berlin 1997: Umweltbundesamt